

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin 514, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Etchler, Berlin 514, Inselstraße 8 a.)

NUMMER 34 B

BERLIN • Mittwoch, den 10 Februar 1932

1. JAHRGANG

Vogel-Strauß-Politik.

Von Hans Reinhart.

Die von uns in früheren Artikeln besprochene Politik zur Behebung der Krise umfaßt unter anderem den Abbau der Kartellpreise und Agrarzölle sowie die Umleitung der Subventionen von der Schwerindustrie in den Wohnungsbau. Ist diese Politik durchführbar trotz der Verbindlichkeiten deutscher Betriebe gegenüber den Auslandsgläubigern?

1. Inwiefern spielen Auslandskredite für uns eine Rolle?

Es ist zu bedenken, daß als Folge unserer Politik die längst überfälligen Bankrotte von Großgrundbesitzern und Großindustriellen nicht länger hintangehalten werden. Diese Unternehmer können sich heute überhaupt nur noch halten infolge der Vergünstigungen, die ihnen die herrschende Wirtschaftspolitik zuschiebt durch Zölle, Subventionen und eine ganze Reihe anderer Maßnahmen, die wir hier nicht erst aufzählen wollen.

Das Entscheidende dieser Maßnahmen besteht darin, daß sie die Kaufkraft der Konsumenten beschneiden, mehr und mehr auch die Kaufkraft der mittleren und kleinen Betriebe, um die Rentabilitätslage der großen Betriebe zu verbessern und damit ihren andernfalls unvermeidlichen Bankrott hinauszuzögern. In Wahrheit führt aber diese Beschnidung der Kaufkraft der Konsumenten zu einer weiteren Schrumpfung des Marktes und damit zur Verschärfung der Krise, sodaß letzten Endes diese ganze Politik auch den gestützten Großbetrieben den Ast absägt, auf dem diese sitzen. Man treibt also Vogel-Strauß-Politik. Und zwar deshalb, weil man den Bankrott der Großen fürchtet.

Die „Wirtschaftsführer“, die an dieser Politik interessiert sind, werden von sich aus keinen neuen Kurs einschlagen. Wir Sozialisten, am besten unter Führung der Freien Gewerkschaften, stehen vor der Aufgabe, die erforderliche Schwenkung der Wirtschaftspolitik herbeizuführen. Wir selber müssen uns daher mit dem Einwand auseinandersetzen, der uns sofort gemacht wird: daß nämlich Deutschland sich in einer schwierigeren Lage als die Sowjet-Union befindet. Es ist geographisch viel exponierter, vom internationalen Handel von politischen und privaten Schulden viel abhängiger als Ausland. Schon die Sowjet-Union nimmt Rücksicht auf ihre Auslandsgläubiger. Wenn Deutschland die von uns geforderte Politik durchführt, die dabei eintretenden Bankrotte in Kauf nimmt, und damit natürlich auch die Auslandsschulden der betreffenden deutschen Unternehmer gefährdet, was passiert dann?

Daß Deutschlands Abhängigkeit von notwendiger Einfuhr und von den Reparationsgläubigern die von uns geforderte, selbständige Wirtschaftspolitik nicht vereitelt, haben wir bereits gezeigt (vgl. die Leitartikel vom 14. und 22. Januar). Wie steht es nun mit den Auslandskrediten?

2. Was wird durch unsere Politik erschüttert?

Beispielsweise zeigen die Ziffern über die Maßnahmen der Osthilfe, daß die ostpreussischen Großgrundbesitzer besonders stark verschuldet sind. Daher würde z. B. die Dollaranleihe der ostpreussischen Landschaft nicht mehr oder wenigstens nicht mehr in der bisherigen Höhe verzinzt und getilgt werden können, wenn wir den Bankrott jener Großgrundbesitzer nicht länger hintanhaltend. Was die Industrie anlangt, so würden vermutlich die Vereinigten Stahlwerke, die besonders viele Auslandsanleihen aufgenommen haben, eine Herabsetzung von Zins- und Kapitalbetrag mit ihren Gläubigern verabreden müssen. Auch andere Verpflichtungen müßten revidiert werden, z. B. der langfristige Vertrag mit den schwedischen Erzgruben auf Lieferung von Eisenerz, dem gemäß immer noch die hohen Preise der vergangenen Jahre zu zahlen sind.

Würden solche Folgen wirklich den deutschen Kredit erschüttern? Bedenken wir: Daß die Versprechungen deutscher Schuldner unter den geschilderten Umständen fragwürdigen Charakters sind, hat das Ausland längst zur Kenntnis genommen. Die Kurse deutscher (langfristiger) Auslandsanleihen schwanken zwischen 20 und 40 Prozent ihres Nennwertes. Das sind bereits Bankrotteurekurse. Wie ausländische, z. B. amerikanische Banken von ihren (kurzfristigen) Krediten an deutsche Schuldner denken, ergibt sich aus den großen Reserven, die sie durch Abschreibung von ihrem Kapital gebildet haben und die zur Deckung von Verlusten auf jene Kredite (sowie auch auf inneramerikanische Kredite) bereit stehen. Die Entwertung der inländischen deutschen Wertpapiere endlich wird verhüllt durch die Börsenschließung und das Verbot der Veröffentlichung von Kursen.

Die offene Zahlungseinstellung einiger am Ausland verschuldeter Betriebe würde also nicht mehr den deutschen Kredit erschüttern, sondern nur den Schein erschüttern, als ob der deutsche Kredit unerschüttert wäre. Und zwar nur der Schein im Inland; denn das Ausland hält sich schon längst nicht mehr an diesen Schein.

Die Sicherung der Beute.

Militärische, diplomatische und wirtschaftliche Vorstöße Japans.

Japan unternimmt militärische, diplomatische und wirtschaftliche Vorstöße, um sich seine Beute zu sichern:

Bombenflugzeuge zerstören Städte in der Mandchurei; Konsulate in chinesischen Städten werden geschlossen; neue Kämpfe in Schanghai sind im Gange.

Der neue japanische Vorschlag an die Mächte sieht die Errichtung neutraler Zonen um die chinesischen Vertragshäfen vor, ferner die Entmilitarisierung der Mandchurei.

In der Mandchurei sollen die stillgelegten chinesischen Betriebe in Gang gesetzt werden. Ein wirtschaftlicher Fonds ist von dem japanischen Kabinett für die Erschließung der Mandchurei bewilligt worden.

Der vom Völkerbundsrat eingeforderte konsularische Bericht der Vertreter der Großmächte in Schanghai hat keinerlei Stellung genommen zu den Vorgängen; er hat sich lediglich auf das beschränkt, was die Welt durch Telegraphen-Agenturen bereits weiß. „Konau“ heißt eigentlich: „Ratgeber“; das haben sie klüglich außer Acht gelassen.

Die sowjet-russische Abordnung in Genf hat erklärt, daß von einer Zusammenziehung von russischen Truppen in Wladiwostok keine Rede sei. Es seien gewisse Umgruppierungen vorgenommen worden, um etwaige Angriffe weißer Garden an der russisch-chinesischen Grenze abwehren zu können.

Die von dem englischen Admiral KELLY geleiteten Verhandlungen zwischen Chinesen und Japanern sind gescheitert. Die Kämpfe um den Nordbahnhof sind mit schweren Artilleriekämpfen von neuem eröffnet. Die Chinesen verteidigen sich mit ungeheurer Zähigkeit. Von einem siegreichen Vormarsch der Japaner in Schanghai kann keine Rede sein. Dennoch herrscht steigendes Elend unter der chinesischen Bevölkerung. Über 60 000 Flüchtlinge befinden sich in der internationalen Zone. Der Gesandte YEN in Genf hat in seiner Note an den Völkerbund über den Tod tausender Männer, Frauen und Kinder berichtet.

Japan sendet weitere 15 000 Mann nach Schanghai. Die Meldung von der Bildung einer japanfreundlichen chinesischen Regierung in Schanghai wird dementiert.

Japans Vorschlag an die Mächte, der die Schaffung neutraler Zonen vorsieht, soll in Washington auf Ablehnung stoßen; Japan habe in seinen Verhandlungen mit den Mächten stets versichert, daß eine Aufteilung Chinas nicht in Frage käme; die Schaffung von neutralen Zonen sei aber der Anfang solcher Aufteilung. Der Außenminister STIMSON hat sich noch nicht geäußert.

ALBERT LONDRES, der bekannte Kolonialberichterstatler, ist zur Zeit in Schanghai. In einem seiner Berichte schreibt er: „Um 12.15 Uhr ging ich über eine Brücke und sah einen japanischen Soldaten. Er saß in einer Rikscha, die Flinte zwischen den Beinen und ließ sich von einem chinesischen Kuli in die Schlacht ziehen.“

Der Tod unter der Erde.

o Rom, 8. Februar.

In einem Schwefelbergwerk in Trabia (Mittelsizilien) ereignete sich nach dem Abschluß einer Sprengmaschine eine Schlagwetterexplosion, durch die fünf Bergleute getötet und elf zum Teil schwer verletzt wurden.

k Brüssel, 8. Februar.

Wie von der Unglückszeche Marchienne au Pont gemeldet wird, wurden drei Bergarbeiter lebend geborgen. Ferner hat man bisher sechs Leichen zutage gefördert.

Weitere Entlassungen im Ruhrbergbau.

r Dortmund, 8. Februar.

Die Vereinigten Stahlwerke zeigen Betriebseinschränkungen auf der Zeche „Graf MOLTKE“, Gladbach, an. Zur Entlassung kommen 160 Arbeiter. Die Bergbau AG Recklinghausen kündigt wegen Absatzmangels Betriebseinschränkungen auf dem Steinkohlenbergwerk Buer an. Zur Entlassung kommen 230 Arbeiter.

„Das Volk will Hindenburg“.

l Stuttgart, 8. Februar.

Die Deutschnationale Volkspartei Württembergs hielt hier ihren Vertretertag ab. D. TRAUB (München) sagte wörtlich: „Wir können HINDENBURG als den Exponenten des BRÜNING-Kurses, auf den Schild gehoben von den systemtreuen Parteien unter Billigung der Sozialdemokratie, nicht wählen.“

g Dresden, 8. Februar.

In Klotzsch bei Dresden fand die Jahreshauptversammlung des Landbundes Dresden-Neustadt statt. Direktor KRIEGSHIM vom Reichs-Landbund Berlin nahm u. a. zur Reichspräsidentenwahl Stellung und betonte das starke Mißtrauen, das auch bei der Landwirtschaft die Tatsache hervorgerufen habe, daß die Linke und die Mitte so drängend auf Wiederwahl HINDENBURGS bestünde.

t Wesermünde, 8. Februar.

Auf einer deutschnationalen Kundgebung in Bremerhaven erklärte Abgeordneter SCHMIDT (Hannover): Es sei kaum anzunehmen, daß HINDENBURG eine ihm vom SAHM-Ausschuß und seinen Anhängern angebotene Kandidatur übernehmen werde.

h Berlin, 8. Februar.

Der geschäftsführende Präsident des Reichs-Landbundes, Graf KALKREUTH, hat die Hauptgeschäftsstellen und die Kreisgeschäftsstellen aufgefordert, dahin zu wirken, daß sich kein Landbund-Mitglied an der Aktion des SAHM-Ausschusses irgendwie beteiligt, da der Reichs-Landbund diesen Ausschluß nicht als die geeignete Stelle zur Behandlung der Frage der Präsidentenwahl anerkennen kann.

3. Was geschieht heute im Interesse des deutschen Auslandskredits?

Von diesem ganz offenen Geheimnis würde die von uns geforderte Politik nur den Schleier wegziehen. Warum verfolgt die Regierung statt dessen ihre Vogel-Strauß-Politik? Zunächst: worin besteht diese Vogel-Strauß-Politik in bezug auf das Ausland?

Man schließt ein Stillhalte-Abkommen mit den Auslandsgläubigern, in dem sich die Gläubiger verpflichten, ihre kurzfristigen Kredite nicht zu kündigen, während die deutschen Schuldner Abschlagszahlungen leisten. Durch diese „freiwillige“ Zustimmung der Ausländer, ihre Kredite in Deutschland zu belassen, entgeht man der Notwendigkeit, ein Moratorium zu erklären.

Ferner gibt die Reichsbank Gold und Devisen ab, um den deutschen Schuldnern die Zahlung von Zinsen und Tilgungsbeträgen auf ihre (langfristigen) Auslandsanleihen zu ermöglichen. Die Reichsbank richtet sich hierbei nicht danach, ob die deutschen Schuldner jeweils auch wirklich zahlungsfähig sind. Selbst dann, wenn der in Frage kommende Unternehmer in Wahrheit bankrott ist, und durch die dann nötige Herab-

setzung seiner Schulden (an Inländer wie Ausländer) die Anforderungen an den Gold- und Devisenvorrat der Reichsbank entlasten würde, selbst dann gibt die Reichsbank ihm die Auslands-Valuta, um seine Zinsen zu bezahlen.

Zunächst ist es mindestens eine Frage, ob diese Politik wirklich dem deutschen Auslandskredit dient. Denn, wenn infolge von Bankrotten auch Auslandskredite und Auslandsanleihen gefährdet werden, und die Schulden infolgedessen durch Konkurs oder Sanierung herabgesetzt werden, so würden damit u. a. die Ansprüche an den Gold- und Devisenvorrat der Reichsbank sinken. War diese Politik nicht für den deutschen Auslandskredit besser?

Warum betreibt die Regierung ihre Politik? Weil sie die offene Erschütterung des deutschen Kredits scheut, die durch die Zahlungseinstellung irgend eines an das Ausland verschuldeten Unternehmers, gleichviel welcher Firma, an den Tag gelegt werden würde.

Diese Furcht vor der Entschleierung der Lage hat verschiedene Ursachen. Heute will ich auf die Ursache hinweisen, die darin besteht, daß man sich in den dann eintretenden neuen Zustand nicht hineinzudenken wagt.

4. Die Wirkung der von uns geforderten Politik.

In Wahrheit führt der Ausweg aus der Krise gerade über die Anerkennung der erforderlichen Bankerotte.

Grundsätzlich, d. h. für den Bestand der deutschen Wirtschaft, für die inländischen sowie ausländischen Beziehungen, gilt folgendes: Die mittleren und kleineren Betriebe machen nach wie vor den Hauptteil der deutschen Industrie aus. Dagegen der deutsche Enquete-Ausschuß erst im verflossenen Herbst in seinem Schluß-Band bestätigt; und das entsprechende gilt für die Landwirtschaft. In der Industrie befassen sich diese Betriebe vor allem mit der **Verarbeitung**; und in ähnlicher Weise betreiben die mittleren und kleinen Landwirte gemischte Wirtschaft, d. h. Getreidebau und die Verarbeitung von Futtermitteln in der Vieh- und Geflügel-Wirtschaft (während der Großgrundbesitz überwiegend auf Getreidebau eingerichtet ist).

Die durch Zölle und Kartelle überhöhten Preise für Getreide, Futtermittel, Eisen, Kohle, Zement halten die Selbstkosten der verarbeitenden Wirtschaftszweige künstlich hoch. Senkung der Rohstoffpreise würde daher die Lage des Hauptteils der deutschen Industrie und Landwirtschaft **heben**; obendrein würde dieses Mittel auch die Kaufkraft der Konsumenten stärken. (Material hierzu findet sich u. a. in unserem Leitartikel vom 9. Januar). Der Auftrieb, den die Wirtschaft auf diesem Wege bekäme, **überwiegt** den Stoß, den ihr die Bankerotte einiger Großbetriebe versetzen. Außerdem gibt es gar keinen anderen Weg zur Behebung der Krise.

Das Entsprechende gilt für den deutschen Auslandskredit. Zur Behebung der Krise erhält Deutschland doch keinen Auslandskredit mehr. Nach Behebung der Krise erst können deutsche Firmen auf Auslandskredit rechnen, falls sie ihn dann überhaupt nötig haben. Einige offene Bankerotte würden den deutschen Auslandskredit nicht mehr erschüttern, als er bereits erschüttert ist. Im Gegenteil würde dann der jetzige Schwebzustand beendet werden. Diejenigen Unternehmer, die heute noch mit einer relativ mäßigen Sanierung durchkommen könnten und nur durch die bisherige Wirtschaftspolitik (der Kartellpreise usw.) in die Zone des Bankrotts gezogen wurden und werden, diese Unternehmer würden in ihrem Kredit wiederhergestellt werden. Der Gold- und Devisen-Vorrat der Reichsbank, der eigentlich für die Gesamtwirtschaft zur Verfügung stehen sollte, würde nicht länger versickern infolge der Abgabe von Devisen für die Bezahlung von Auslandsanleihen in Fällen, in denen die Schuldner zahlungsunfähig sind und eine Sanierung durchmachen sollten.

Auch an amerikanischen Eisenbahnen haben Europäer, insbesondere auch Deutsche, viel Geld verloren, ebenso an der Entwertung des französischen Franc nach dem Krieg bis 1926. Und doch ist der französische und der amerikanische Kredit heute ausgezeichnet. Gerade der deutsche Kredit wird durch die bisherige Vogel-Strauß-Politik unterminiert, indem man die Kaufkraft der immer noch lebensfähigen Betriebe und Konsumenten beschneidet, um die Bankerotte der anderen noch ein bißchen zu verzögern.

5. Die Durchführbarkeit der von uns geforderten Politik.

Weder brauchen noch dürfen wir uns von unserer Politik wegen der dabei in Kauf zu nehmenden (und ohnehin unvermeidlichen) Bankerotte zurückhalten lassen. Daß man aber eine solche den Risiken ins Gesicht sehende Politik, wie wir sie hier vorschlagen, auch führen kann, dafür bietet uns die Wirtschaftspolitik der verflossenen zehn Jahre zwei bedeutende Beispiele: die Preisgabe der englischen Goldwährung und die Behebung der deutschen Inflation von 1923.

Weder hat die Preisgabe der Goldwährung für England das Ende der Welt bedeutet; noch haben die Abschreibungen von Kapital und Schulden, die am Ende der Inflation von 1923 anerkannt wurden, die deutsche Wirtschaft an den Rand des Abgrundes geführt. In beiden Fällen suchte man den schließlich getroffenen Maßnahmen lange aus dem Wege zu gehen, weil man vor dem neuen Zustand, der nach Anwendung der jeweiligen Maßnahmen eintreten würde, zurückscheute.

SCHACHT erkannte die Situation von 1923, wonach es darauf ankam, einen Kurs zu steuern, bei dem der Sturm „aus dem Schiff“ nun eine Reihe von Existenzen vielleicht herausholt und verschlingt, aber den Rest ungefährdet passieren

läßt. Auch damals handelte es sich darum, die erforderliche Politik vor allem gegen den Widerstand der Schwerindustrie durchzusetzen. Sie behauptete, daß die SCHACHTsche Politik „die rheinische Wirtschaft“ ruinieren würde. Wer sich hierüber informieren will, dem empfehle ich SCHACHTS Buch: „Die Stabilisierung der Mark.“ Es ist sehr nützlich, daß gerade dieser Verfasser aus der Zeit, ehe er Nationalsozialist wurde, uns den Bericht über die Durchsetzung seiner Politik gegen HUGO STINNES hinterlassen hat.

Allerdings würde die Wirkung der heute in Kauf zu nehmenden Bankerotte auf das Inland ernster sein als die Wirkung auf das Ausland. Aber daß trotz allem diese Politik für die deutsche Wirtschaft insgesamt günstig ist, habe ich bereits im 4. Abschnitt angedeutet. Näheres über diesen Punkt, insbesondere über die Wirkungen für die deutsche

Russische Nichtangriffspakte.

Mit Lettland:

in Riga, 7. Februar.

Der auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossene Vertrag läuft, falls er nicht gekündigt wird, automatisch weiter. Beide Vertragsstaaten verpflichten sich, kein Bündnis einzugehen und keinem Staatenblock beizutreten, der gegen einen der vertragschließenden Staaten gerichtet sei. Dabei sollen nicht nur politische Abmachungen, sondern auch wirtschaftliche und finanzielle Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sein. Der Vertrag gilt als automatisch gekündigt, wenn einer der beiden vertragschließenden Staaten einen dritten Staat angreift. Die territoriale und politische Unantastbarkeit wird garantiert, auch in Fällen, wenn einer der Vertragsstaaten durch einen dritten Staat, sei es auch ohne direkte Kriegserklärung, angegriffen wird. Der Vertrag hebt nicht die bestehenden offiziell registrierten Verträge auf. Diese Bestimmung ist für Lettland besonders im Hinblick auf das politische und militärische Bündnis mit Estland wichtig.

Mit Rumänien:

in Moskau, 8. Februar.

STOMONJAKOW, der russische Unterhändler, ist in Moskau eingetroffen und hat am Montag dem Rat der Volkskommissare über seine Verhandlungen mit Rumänien und Lettland Bericht erstattet. Er teilte mit, daß die Verhandlungen mit Rumänien jetzt abgebrochen worden sind, da die rumänische Regierung den russischen Standpunkt in der Bessarabien-Frage nicht anerkennen wollte.

Mit Estland:

in Reval, 7. Februar.

Wie die Blätter melden, soll auch der estländisch-russische Nichtangriffspakt dicht vor dem Abschluß stehen.

Rußland bemüht sich um Nichtangriffspakte mit allen seinen Nachbarn. Nach dem Abschluß des Paktes mit Polen folgt nun der mit Lettland und wahrscheinlich bald der mit Estland. Aber die Lücke, die in dieser Kette durch Abbruch der rumänischen Verhandlungen klafft, stört das ganze Bemühen: Der Pakt mit Polen enthält ja, wie wir schon meldeten, die Klausel, daß er erst in Kraft tritt, wenn Rußland mit allen Nachbarn entsprechende Verträge unterzeichnet hat.

Memel und der Völkerbund.

In dem Schreiben, das BRÜNING an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet hat, schildert er zunächst die bekannten Vorgänge. In seinem Urteil über die Vorgänge spricht er von einer „flagrante Verletzung des Memelstatuts“ und lenkt „die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrats auf den von der litauischen Regierung begangenen Rechtsbruch“ (Verletzung des Artikels 17 der Memelkonvention). Er bittet zum Schluß, den Rat zu einer sofortigen Sitzung zusammenzuberufen.

Das Generalsekretariat in Genf steht telefonisch mit Kowno in Verbindung; man erwartet den litauischen Außenminister, ZAUNIUS, Dienstag abend oder Mittwoch früh in Genf.

Wie weiter aus Genf gemeldet wird, war das Vorgehen BÖTTCHERS, das Memelgebiet ohne Paß verlassen zu haben,

Arbeiterschaft, findet sich im Januar-Heft des „ISK“. Wir werden auch im „Funken“ auf das zurückkommen.

Zum Schluß ist nötig, daß wir die Rückwirkung unserer Politik auf die ausländischen Arbeiter und Bauern in Betracht ziehen. Daß Ausländer an der Zahlungsunfähigkeit deutscher Schuldner (zu der sie selber wesentlich beigetragen haben) Geld verlieren, ist nichts Unerhörtes. Das Umgekehrte ist, wie gesagt, schon dagewesen. Die Erschütterung der ausländischen Kapitalisten auf diesem Weg füttert sich durchaus in die Gesamtwirkung unserer Politik: sie ebnet den ausländischen Arbeitern und Bauern die Durchsetzung einer Politik in ihren Ländern, wie sie der von uns für Deutschland vorgeschlagenen Politik entspricht und wie wir sie für einige Länder in früheren Artikeln kurz angedeutet haben.

von der litauischen Regierung bei den Signatarmächten in Genf bereits vorgebracht worden, ehe der jetzige Gewaltschritt erfolgt ist. Die Mächte sollen sich auf den Standpunkt gestellt haben, der Zwischenfall solle **ruhig** erledigt werden, dadurch, daß BÖTTCHER einen aufklärenden Brief an den Gouverneur schreibe; über eine Ersetzung BÖTTCHERS ließe sich vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt reden. Wie es trotzdem zu dem gewaltsamen Eingriff am Sonnabend kommen konnte, steht bis jetzt noch nicht klar. Gerüchte über den Druck des englischen Gesandten der Randstaaten, der in Riga wohnt, bedürfen erst noch einer Aufklärung von englischer Seite.

BÖTTCHER ist inzwischen in seine Wohnung zurückgekehrt. Ein Amtskollege von ihm, Landesdirektor POZDUS, der gleichfalls beschuldigt war, eigenmächtig mit deutschen Reichsbehörden verhandelt zu haben, steht in seiner Wohnung unter polizeilicher Aufsicht. Sämtliche Mitglieder des Landtages sind zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden.

Wie es heißt, herrscht in Memel und in Kowno Ruhe. Eine Reihe deutscher Verbände, z. B. der Memellandbund, benutzen das Vorgehen der litauischen Regierung zu einer starken Agitation im Interesse der Autonomie des Memellandes. Der Reichspräsident wird mit Telegrammen bombardiert, unter denen eins sogar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen fordert.

Neue Regierung in Memel.

in Königsberg, 8. Februar.

Wie eine litauische Zeitung berichtet, ist der die Geschäfte des Präsidenten führende Landesrat TOLISCHUS vom Gouverneur aufgefordert worden, eine zeitweilige Regierung zu bilden. Diese sei aus dem Steuerrat TALEKIS und dem Landesrat VOGEL gebildet worden. Diese beiden Herren seien gewählt worden, weil sie die ältesten Landesräte wären.

Die Verwaltungsratssitzung der BIZ.

in Basel, 8. Februar.

Die 18. Verwaltungsratssitzung der BIZ ist bereits am Montag mittag beendet worden. Die Frage der Verlängerung des Reichsbankkredits von 100 Millionen Dollar über den 4. März hinaus ist offiziell nicht erörtert worden. Das deutsche Stillhalteabkommen wurde zur Kenntnis genommen. Der Präsident wurde ermächtigt, auch für dieses zweite Stillhalteabkommen die Schiedsrichter zu ernennen.

Al Smith Präsidentschaftskandidat?

in New York, 7. Februar.

AL SMITH, der demokratische Gegenkandidat HOOVERS bei der vorigen Präsidentschaftswahl, hat jetzt die langerwartete Erklärung abgegeben, er sei entschlossen, bei der kommenden Präsidentschaftswahl wieder zu kandidieren, wenn der Nationalkonvent der demokratischen Partei, der im Juni in Chicago zusammentritt, ihn dazu auffordert.

Brüning in Genf.

Eben trifft der Wortlaut der BRÜNINGschen Genfer Rede ein. Wir kommen zusammenfassend morgen darauf zu sprechen.

WAHN-EUROPA 1934. VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pabelreiter-Verlag, Berlin

(33. Fortsetzung.)

Der Greis reibt die Fingerspitzen immer erregter gegeneinander. Unerträglich, dieser brutale Ton! Aber der Mann bedeutet eine Macht, man kann nicht nach Geschmack mit ihm brechen. — Saint Brice geht plötzlich zu veränderter Taktik über. Er legt seine Hand vertraulich auf Brandts Arm. „Seien Sie versichert, verehrter Herr Brandt, daß wir keinen Krieg haben werden. Capponi blufft. Es ist ein beiderseitiges Messen moralischer Kräfte. Sie hassen doch wie ich diesen faschistischen Diktator, nicht wahr?, der die Völker in den Zustand mittelalterlichen Denkens zurückführen möchte, in das Heroenzeitalter, in der Gewalt dominiert und der Schwache um Gnade fleht. Auf Ihren Fahnen, Herr Brandt, steht: Vorherrschaft des Geistes! Und jetzt sollen wir zitternde Knie bekommen, weil der Italiener seine grobe Faust über die Grenze streckt? Kein Franzose erwartet, daß Sie, gerade Sie vor einer Gewaltgebärde zurückschrecken! Wir wollen nicht den Krieg, sondern die Niederlage der Gewalt. Sie und ich — wir haben letzten Endes gemeinsame Ziele. Ja oder nein?“ Warm, fast herzlich blickt der Siebzigjährige in die granitgrauen Augen des Vierzigjährigen.

Brandt sieht an ihm vorbei. So hart und unduldsam sonst seine Art ist, gegen Worte, die aus Wärme und Herzlichkeit kommen, fühlt er sich weniger gewappnet. „Sie sind in einem bösen Irrtum befangen, lieber Baron“, sagt er freundlich, „Capponi ergibt sich nicht! Eher rennt er mit der Stirn gegen eine Felswand. Die Dinge sind schon so weit vorgeschritten, Capponi kämpft schon um Thron und Prestige...“

„Und wir nicht?“

„Wenn Capponi vom Machtrausch besessen ist, soll deshalb ein Erdteil hochgehen? Wenn ein Mann mit verdunkelter Leidenschaft in den Strom springt, sollen wir ihm den Gefallen tun, ihm in selbstmörderischer Absicht nachzuspringen?“

Nichts, nichts kann so furchtbar sein wie der nächste Krieg! Es bedarf keiner Phantasie, sich die Hölle auszumalen. Bisher mochten Kriege Opfer sein, die ein Volk tragen mußte. Der kommende Krieg ist Irrsinn! Anarchie und Auflösung! Keine ultima ratio mehr, sondern legitimes Verbrechen, letzter Triumph der Materie über den Geist! Der letzte Weltkrieg hat uns doch einmal aus seinen Klauen gelassen, wir leiden heute noch an seinen Verstümmelungen, das nächstmal werden wir aufgefressen! Ist das dann noch Opfer? Ist es Sinn der Staatskunst, das eigne Volk zu zertrümmern?“

Saint Brice nickt in tiefen Gedanken. „Und trotzdem muß ein Volk bereit sein, für Ehre und Freiheit das letzte Blutopfer zu bringen...“ sagt er mehr fragend als behauptend.

„Für wen denn das Blutopfer? Für die siechen Volksreste, die das Land dann noch trüge? Völker haben für ihre Ehre und Freiheit zu leben, nicht sinnlos zu verrecken! Baron, wer bereitet denn Völkerschicksale? Doch wir sogenannten Staatsmänner! Mit unsern Gehirnmuskeln, mit unsrer Herzenskraft oder unsrer Unfähigkeit! Sollen Völker wie bisher abhängig sein vom guten oder schlechten Griff ihrer Minister? Die Zeiten, lieber Baron, wo Völker noch willig waren, für Mißgriffe ihrer hohen Herren auf Schlachtfeldern zu verbluten, sind vorbei!“ Brandt tritt dicht an den Sessel des Ministerpräsidenten heran und legt beide Hände auf die alten Schultern des Weißhaarigen. Warm und hinreißend redet jetzt sein Asketenmund: „Verzeihen Sie meine Schroffheit, Baron, aber unsere Sprache muß klar und hart sein, denn die Situation ist hart und mitleidlos. Ihre Regierung sitzt in der Sackgasse. Sie wollen nicht zurück, haben aber auch nicht die Gewissenlosigkeit, den Weg bis zur Katastrophe zu gehen. Vor der Tür Ihres Kabinetts hockt schon mit hohlen Augen der Krieg. Frankreich kommt schwerlich ungerufen aus solcher Lage heraus. Der Gedanke, Ihrem Volk eine moralische Niederlage heimzubringen, ist Ihnen unerträglich, ich kann das verstehen. Ich mache Ihnen einen Vorschlag, Baron...“ Er beugte sich noch näher zu Saint Brice herunter und spricht rascher, dabei gedämpfter. „Demissionieren Sie! Bitte, erregen Sie sich nicht. Treten Sie ab mit Ihrem Kabinet. Ich will Ihnen ersparen, angesichts der Gefahr eine Kehrischwenkung vorzunehmen. Ueberlassen Sie mir

den Rückzug! Meine Schultern sind breit und robust genug, chauvinistische Anpöbeleien zu tragen. Ich nehme auch gelassen das schadenfrohe Grinsen des Herrn Capponi auf meinen Rücken, denn ich weiß, daß ich dann für Frankreich und Europa mehr getan haben werde als die, denen der Krieg eine ultima ratio schien.“

Langsam, wie ein aufgestöbertes Gespenst, ist Saint Brice noch während der letzten Worte aus dem Sessel hochgeglitten. Die Augenlider sind gerötet, zucken vor Erregung. Solcher Schimpf widerfuhr dem Aristokraten noch nie in siebzig Jahren! Beiseiteschoben werden wie ein bemitleidenswertes Ding...! Von einem Stärkeren sich gnädig die Verantwortung abnehmen lassen...!

„Sie verkennen vollkommen unsere beiderseitige Position“, stößt er zwischen lauten Atemzügen hervor. „In meinem Kabinet bilden Sie mit Ihren beiden Gesinnungsfreunden eine winzige Minorität, hinter mir stehen zwölf Minister, auch der Herr Präsident der Republik. Ihre weitere Mitarbeit — ich bedaure es herzlich — verspricht kein gedeihliches Zusammenwirken...“

„Ich werde so lange Minister bleiben, wie es mir für Frankreich Segen verspricht!“ Fest und ruhig klingen Brandts Worte. Saint Brice horcht auf. Das ist Holm auf parlamentarische Gepflogenheiten! Streift schon bedenklich in die Zone des Verfassungsverstoßes hinein! — Aber Saint Brice beherrscht sich. In dieser Minute sollen sich die Kräfte noch nicht entscheidend messen. So sagt er nur kühl und höflich: „Ich lasse Sie nicht im Zweifel darüber, daß Herr Rimbot binnen einer halben Stunde abgerufen sein wird.“

Ehe Brandt erwidern kann, klappt schon die Flügeltür hinter dem Ministerpräsidenten ins Schloß.

Brandt stützt sich mit ausgestreckten Armen gegen den Tisch. Die Augen fallen ihm zu. Er ist todmüde. Seit drei Tagen und drei Nächten war er angeschirrt. Sein Körper hat das Gefühl, daß er noch fliegt. Er hört das dröhnende Meer, pochende Motoren, Sturmheulen, das in den Tragflächen zerrt. Traumhaft empfindet er das Arbeitszimmer, es drückt mit seinen vier Wänden wie eine Gefängniszelle. — Er reißt die Vorhänge auseinander. Draußen über der Seine flammt das Purpurrot der frühen Sonne. Abertausende stehen auf dem Kai zusammengepfert. „Brandt...! Brandt!“ — Man hat von unten seinen Kopf im Fensterrahmen erkannt. „Brandt! Brandt!“

(Fortsetzung folgt.)

Nachspiel zum Calmette-Prozeß.

d Lübeck, 8. Februar.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Berliner Lungenspezialisten Dr. GENTER in Zusammenhang mit dem CALMETTE-Prozeß ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dr. GENTER hatte nach der Katastrophe in Lübeck einen Teil der erkrankten Kinder auf Wunsch der Eltern mit seinem eigenen Tuberkulosemittel behandelt. Es soll ihm gelungen sei, 16 bereits aufgebene Kinder vor dem Tode zu retten. Während des Prozesses haben jedoch die Sachverständigen SCHÜRMANNS und MÖGLING die GENTERsehen Leistungen einer scharfen Kritik unterzogen. Zwei Kinder seien an den Folgen seiner fehlerhaften Injektionen gestorben. Diese Aussage hat die Staatsanwaltschaft jetzt veranlaßt, ein Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen Dr. GENTER einzuleiten.

Die Technik in der Kirche.

Der Film „Das Vermächtnis eines Missionars“ der „Miva“ (Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft) macht eine Rundreise durch die Großstädte Deutschlands. Es führt uns nach Afrika in das Missionsgebiet des katholischen Bischofs von Windhuk. Wir nehmen teil an einer Missionsexpedition des Paters FUHRMANN, der tief in das Innere Afrikas vorstoßen will. Wir erleben die Schwierigkeiten dieser Expedition: Verhandlungen mit Häuptlingen scheitern; gefährliche Tiere umlauern die Expedition, Morast und Sumpfgelände erschweren den Weg, Steppenbrände machen Umwege nötig, in den „Durststrecken“, schrecklichen Wüsten, die durchquert werden, brechen Krankheiten bei Tieren und Menschen aus, reißende Flüsse mit Stromschnellen erfordern zur Ueber-

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Wedding: **Dienstag, den 9. Februar, 20 Uhr, im Gesellschaftshaus ISERT, Maxstr. 12.** Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

Kassel: **Mittwoch, den 10. Februar, 20 Uhr, in Rothen ditmold, Gasthaus Strickstrock, Naumburger Straße 18.** Thema: Wie ist die Einheitsfront der Arbeiter möglich?

Leipzig: **Montag, den 15. Februar, 20 Uhr, Volkshaus Zeitzer Str. 23.** Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

windung riesige Anstrengungen. Der Tod lichtet die Schar der Missionare und Missionshelfer. Schließlich gelingt es, eine Nidderlassung zu gründen, auf der zwei Menschen zurückbleiben, die einmal im Jahr von Windhuk aus besucht werden sollen. Was ist ihr Schicksal? Beide sterben. Mit seinen letzten Kräften schreibt FUHRMANN sein Vermächtnis auf, Zeilen an seinen Kriegskameraden SCHULTE, der zu Kriegsende den Dienst als Flieger niederlegte und Geistlicher wurde. SCHULTE soll die modernen Verkehrsmittel in den Dienst der Mission stellen; denn wären solche Mittel zur Hilfe gewesen, so brauchte z. B. er, der Schreiber, nicht zu sterben; 80 km von ihm läge das nächste Hilfslazarett.

FUHRMANNs Zeilen werden gefunden, SCHULTE erfüllt das Vermächtnis und gründet 1927 in Köln die „Miva“. Am Schluß des Films fahren katholische Schwestern im Motorboot über Seen und Flüsse, der Bischof von Windhuk saust im Flugzeug über sein Missionsgebiet und ohne Mühe im Auto über die vorher so gefährliche Steppe. Es ist eine Lust!

Bankiers, Offiziere und Bischöfe sind es, die sich heutzutage Flugzeuge für ihre privaten Zwecke leisten. Wirklich, die Technik sieht sich vor große Kulturaufgaben gestellt!

Klassenkampf in Kentucky.

Seit Anfang Mai 1931 sitzen im Gefängnis von Harlan (Kentucky) 100 Bergarbeiter, die anlässlich eines Streiks verhaftet wurden, und zwar 31 wegen Mordes, die übrigen wegen „verbrecherischem Syndikalismus“. Zwei der ersteren sind vor kurzem zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Ein anderes Urteil war kaum zu erwarten, nachdem der Untersuchungsrichter D. C. JONES zu Beginn der Anklage-Verhandlungen erklärt hatte: „Wer ein Mitglied der Kommunistischen Partei, einer kommunistischen Gewerkschaft oder der IWW (Internationale Arbeiter-Union) ist, hat kein Recht, vor diesem oder irgend einem anderen Gerichtshof Gerechtigkeit zu fordern.“ Nach einer Hetzrede gegen Sowjet-Rußland waren dann die Schöffen genügend vorbereitet, die Anklage-Papiere so auszustellen, wie es dieser Musterrichter haben wollte.

Das Bergwerksgebiet um Harlan herum ist seit Februar 1931 nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die Löhne waren wieder und wieder heruntergedrückt worden. Die Arbeiter fühlten, daß ohne eine starke Organisation dem Lohndrückertum der Bergwerksbesitzer kein Riegel vorgeschoben werden könne. Deshalb kamen damals 200 Bergarbeiter in Pineville (Kentucky) zusammen, um über die Wiederbelebung der Gewerkschaft in ihrem Bezirk zu verhandeln. Die Unternehmer antworteten mit der sofortigen Entlassung der 200 Mann. Sie hatten deren Namen durch Spitzel erfahren und auf die schwarze Liste gesetzt. Diese Maßnahme ließ die Erbitterung der Bergarbeiter weiter steigen; Streikstimmung lag in der Luft. Als dann, wie erwartet, eine weitere Lohnkürzung von 10 Prozent angekündigt wurde, folgten alle spontan der Streikparole. Die Unternehmer setzten sich zur Wehr. Streikbrecher wurden herbeigeschafft. Autos, besetzt mit Maschinengewehren und schwer bewaffneten Grubenpolizisten, fuhren täglich provozierend durch die Bergwerksdistrikte. In Kentucky darf jeder ohne besondere Er-

Erfahrungen aus dem Calmette-Prozeß.

Von Ernst Fischer.

Wir haben gestern begonnen, über den Calmette-Prozeß zu berichten. Wir fahren heute damit fort. Die Schriftleitung.

Nun zum CALMETTESchen Verfahren! Wie schon gesagt, haben die meisten Menschen sich vor dem 15. Lebensjahr einmal mit Tuberkel-Bazillen infiziert, ohne deshalb erkrankt zu sein. Aus vielen Beobachtungen hat man den Schluß gezogen, daß diese unmerkliche Tuberkulose-Infektion bis zu einem gewissen Grade den Menschen vor dem späteren Erwerb einer schweren Tuberkulose bewahrt. Man erklärt das so, daß auf Grund der ersten Tuberkulose-Infektion leichte Veränderungen im Körper entstehen, die Schutzstoffe freimachen und dadurch den Menschen vor der Gefahr einer späteren Infektion schützen. Es liegt nahe, diesen Zusammenhang auszunutzen, um den Körper gegen Tuberkulose widerstandsfähig zu machen. Durch eine künstliche schwache Infektion mit Tuberkulose versucht man, frühzeitig im menschlichen Körper die Abwehrstoffe gegen schwere Tuberkulose bereitzustellen. Der Pockenimpfung liegt der gleiche Gedanke zugrunde. Durch eine schwache Infektion mit dem Pockenerreger wird die Impfpustel hervorgerufen; diese Pustel erzeugt ihrerseits im Körper Schutzkräfte, die auf Jahre hinaus verhindern, daß der geimpfte Mensch von schwerer Pockenkrankung befallen wird.

Auf diesem und ähnlichen Prinzipien beruhen viele Tuberkulose-Schutzverfahren. Bei der CALMETTESchen Schutzfütterung, die vor mehr als zehn Jahren zum ersten Male angewandt wurde — bisher sicher an mehr als 200 000 Kindern — werden der Nahrung der Säuglinge abgeschwächte, nicht krankmachende Tuberkel-Bazillen (die sogenannten BCG-Bazillen) zugesetzt. Der BCG-Bazillus wird seit 1902 rein in Laboratorien gezüchtet und hat sich seit Jahren als unfähig erwiesen, an den verschiedensten Versuchstieren Krankheitserscheinungen hervorzurufen. Wie bei allen Heil- und Schutzverfahren, die auf der Benutzung lebender oder abgetöteter Bazillen beruhen, kommt es bei der Herstellung der Stoffe vor allem darauf an, keine Verunreinigung, z. B. durch krankmachende Bazillen, zuzulassen. Deshalb wird im PASTEUR-Institut in Paris, das am meisten BCG-Schutzstoff liefert (500 Ampullen täglich), der BCG-Bazillus nur in einem eigens hierfür bestimmten Gebäude gezüchtet und verarbeitet. In diesem Gebäude befinden sich keine Kulturen von anderen Krankheitserregern. Vor Abgabe der Ampullen zum Verbrauch werden Tierversuche gemacht, um die Unschädlichkeit des hergestellten Stoffes zu prüfen.

In den Lübecker Verhandlungen spielte die Frage, ob der BCG-Bazillus sich plötzlich in einen krankmachenden Tuberkel-Bazillus verwandeln könne, eine große Rolle. So wenig diese Möglichkeit theoretisch bestritten werden kann, so zeigt doch die Erfahrung der meisten Sachverständigen, daß sie eine solche plötzliche Verwandlung bisher noch nicht beobachtet haben, obwohl zahlreiche Tierversuche darüber angestellt worden sind.

Wie sieht nun der Tatbestand aus, der sich aus den Lübecker Verhandlungen ergeben hat?

Wirbelsturm.

k Paris, 8. Februar.

Ein Wirbelsturm auf der französischen Insel Reunion (östlich Madagaskar) hat 45 Menschenleben gefordert. Die Hauptstadt St. Denis wurde zum größten Teil zerstört. Auch in St. Paul wurden ganze Wohnviertel zerstört. Die Ernte ist zum großen Teil vernichtet.

Wohlfahrtserwerbslosigkeit wächst.

h Berlin, 9. Februar.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen hat, nach einer Meldung des Deutschen Städtetages, im Januar weiter zugenommen. Allein in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen) wurden Ende

Am 18. November 1929 beschließt der Lübecker Gesundheitsrat die Einführung des CALMETTESchen Verfahrens. Für das Zustandekommen dieses Beschlusses ist der eine der Angeklagten, Medizinalrat Dr. ALTSTAEDT, in erster Linie verantwortlich, da er als Referent das Material über den Nutzen, bzw. über die Unschädlichkeit des Verfahrens bearbeitet hatte.

Die Sachverständigen haben in der Gerichtsverhandlung fast übereinstimmend erklärt, daß sie auch heute noch das Original-CALMETTE-Verfahren für ungefährlich halten. Nur über den Nutzen des Verfahrens sind sie nicht einig. Im Gegensatz zu dem anderen Angeklagten, Dr. DEYCKE, ist auch Dr. ALTSTAEDT noch jetzt von der Unschädlichkeit des Verfahrens überzeugt und hat im März 1931, ein Jahr nach der Lübecker Katastrophe, sein eigenes neugeborenes Kind mit dem Schutzstoff gefüttert — allerdings mit solchem, den er aus Paris hatte kommen lassen.

Auf Grund des Beschlusses des Gesundheitsrates werden schon im Oktober 1929 aus Paris bezogene Original-Kulturen von BCG weitergezüchtet und verarbeitet. Die Herstellung übernimmt der Angeklagte Dr. DEYCKE, der Direktor des Lübecker Krankenhauses, in dem ihm unterstehenden Laboratorium. Die technischen Arbeiten für die Kulturen und die Herstellung des Schutzstoffes werden von der angeklagten Schwester ANNA SCHÜTZE nach den Anweisungen DEYCKES ausgeführt.

Ende 1929 werden einige Kinder, bei denen den häuslichen Verhältnissen nach die Gefahr der Tuberkulose besonders groß ist, mit dem Schutzstoff gefüttert. Alles verläuft gut. Am 24. Februar erhalten die Hebammen den Auftrag, bei den Eltern neugeborener Kinder für die Anwendung des Verfahrens zu werben. An die Eltern werden Merkzettel verteilt, die Aufklärung über das Verfahren bringen sollen. Aus diesenzetteln geht nicht eindeutig hervor, daß die Kinder mit Tuberkel-Bazillen gefüttert werden sollen! Die mündliche Aufklärung wird von den Hebammen und nicht von den Ärzten erteilt. Die Hebammen selber sind zwar hinreichend unterrichtet; sie wissen, daß sie den Kindern abgeschwächte Tuberkel-Bazillen verabreichen sollen, aber sie sind nicht ausdrücklich verpflichtet, den Eltern darüber Auskunft zu geben. So kommt es, daß Eltern ihre Zustimmung geben, ohne eine Ahnung zu haben, was sie damit zulassen. Erst als das Unglück geschehen ist, erkennen sie genau, worum es sich gehandelt hat, und erklären empört, daß sie in die Anwendung eines solchen Mittels nicht eingewilligt hätten.

Schon im März fällt es einigen Hebammen und den praktischen Ärzten auf, daß ein Teil der „geschützten“ Kinder nicht recht gedeiht. Der Leiter der Kinderklinik, Dr. KLORZ, läßt aber die Schutzfütterung ruhig weiter ausüben. Anfang April werden schwer erkrankte Kinder in seine Krankenabteilung eingeliefert; die ersten Todesfälle treten ein. Erst am 21. Mai erkennt Dr. KLORZ plötzlich den Zusammenhang zwischen den Erkrankungen und der Schutzfütterung. Er veranlaßt die sofortige Einstellung der Fütterung. Dr. DEYCKE vernichtet „in erster Aufregung und um weiteres Unheil zu verhüten“ alle noch im Laboratorium vorhandenen Kulturen. Doch fanden sich später noch Reste des Schutzstoffes, die den Sachverständigen die Aufklärung erleichterten.

Januar 1 195 000 Wohlfahrtserwerbslose (Dezember 1 108 000) ermittelt. Das bedeutet eine Erhöhung von rund 8 Prozent. Mehr als ein Zehntel der Wohlfahrtserwerbslosen (insgesamt 124 000) sind jünger als 21 Jahre. Außer den Wohlfahrtserwerbslosen mußten die genannten Städte Ende Januar noch 176 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend zusätzlich betreuen.

Zehn Dampfer eingefroren.

r Helsingfors, 8. Februar.

Ungefähr 10 Dampfer sind im Finnischen Meerbusen eingefroren. Am Montag ist der Eisbrecher „Krassin“ aus Leningrad eingetroffen, um die Dampfer zu befreien. Mehrere Schiffe liegen bereits seit zwei Wochen im Packeis fest und haben keine Kohlen mehr.

laubnis Waffen tragen. Als am 5. Mai wieder Streikbrecher eintrafen, kam es zu einer regelrechten Straßenschlacht, in deren Verlauf drei Polizisten und ein Arbeiter getötet und viele verwundet wurden. Massenverhaftungen folgten. Wer den unmittelbaren Anlaß zu dieser Tragödie gab, wird wohl nie geklärt werden. Die Bergarbeiter sagen aus, daß sie angegriffen wurden, was auf Grund der provozierenden Rundfahrten der Werkpolizei durchaus glaubwürdig ist. Ferner ist es laut Zeugen-Aussagen möglich, daß sich die Polizisten gegenseitig angeschossen haben. Auch die späteren Ereignisse lassen den Schluß zu, daß die Schuld bei ihnen liegt. Einer von ihnen schießt den Besitzer eines Restaurants, einen Freund der Arbeiter, kaltblütig über den Haufen; ein anderer ermordet vor Zeugen zwei Kumpels, die eine fahrbare Küche für die Speisung hungeriger Streikender bedienten. Ein Auto der Internationalen Arbeiter-Hilfe wird mit Dynamit zerstört, eine zweite Küche der Arbeiter in die Luft gesprengt. Ein mit den Arbeitern sympathisierender Händler findet eines Abends seinen Laden in Schutt und Asche vor, zwei Presse-Reporter werden entführt, mißhandelt, angeschossen. Terror ohne Ende! Aber kein Richter findet sich, gegen diese Halunken Anklage zu erheben. Bisher ist noch keiner der Polizisten wegen dieser und einer Reihe anderer Terrorakte zur Verantwortung gezogen worden. Klassenjustiz in krasserster Form!

Die bürgerliche Presse versuchte zuerst, die Vorgänge in Harlan totzuschweigen. Als jedoch radikale Presse-Zentralen, vor allem die „Federated Press“, die ungläublichen Zustände der Bergarbeiterfamilien Kentuckys ans Licht brachten, mußten auch sie Berichterstatter senden. Die alten Phrasen von ausländischen Wühlern konnten angesichts der Tatsachen nicht standhalten. Die Bergarbeiter sind Amerikaner, wie man sie amerikanischer nicht finden kann; ihre Vorfahren haben teilweise unter GEORGE WASHINGTON gekämpft. Ihre Lebensbedingungen sind heute so trostlos und unerhört schlecht, daß nicht vieler Hetzerei bedarf, um diese Menschen zur Em-

pörung zu bringen. Das mußten selbst bürgerliche Reporter zugeben. Die Untersuchungskommission des Schriftstellers THEODOR DREYSER (Verfasser der „Amerikanischen Tragödie“) machte erschütternde Feststellungen. Trotzdem im Sommer auf Grund der ungesunden Verhältnisse wöchentlich vier bis sieben Kinder starben, weigerte sich das „Rote Kreuz“, streikenden Gewerkschaftsmitgliedern Hilfe zu geben. „Laß die Arbeiter arbeiten zu den Löhnen und Bedingungen, die man ihnen anbietet“, erklärte eine Angestellte vom „Roten Kreuz“. Außerdem ist ein Streik nicht „von Gott gewollt“ wie Uberschwemmungen und andere Naturkatastrophen.

Der Verkauf von Zeitungen mit objektiver Berichterstattung ist in Harlan unterdrückt. Bei der Verurteilung des ersten Arbeiters schrieb ein Berichterstatter: kein klardenkender Zuhörer könne sich beim Prozeß des Gefühles erwehren, daß dieser Mann nicht wegen „Mordes“, sondern wegen seiner führenden Rolle in der Arbeiterbewegung verurteilt worden sei. Prompt wurde dieser Reporter von der weiteren Berichterstattung ausgeschlossen; es schwebt zur Zeit ein Prozeß, diesen richterlichen Willkürakt zu widerrufen.

Das ist die Lage in Harlan. In der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung ist das kein Einzelfall. Wenn jemand einwenden sollte, daß es sich in Kentucky um eine Bekämpfung kommunistischer Gewerkschaften handele und daß deshalb der Terror besonders kraß hervortrete, so ist es ein Leichtes, ihm zu beweisen, daß die herrschende Klasse in Amerika im Ernstfalle zwischen Kommunistischen und anderen Gewerkschaften keinen Unterschied macht. Ein streikender Arbeiter, der durch organisierte Macht den Unternehmer zwingen will, seine Forderungen anzuerkennen, wird unschädlich gemacht werden, koste es, was es wolle. Marion, Gastonia, Passaic — SACCO und VANZETTI, MOONEY und BILLINGS, um nur einige Orte und Namen aus der Nachkriegszeit zu nennen.

W. H. St. L.

Bayerische Bauern beschließen Steuerstreik.

München, 8. Februar.
In Straubing in Niederbayern sprach in einer großen Versammlung der Bundesvorsitzende des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes. Von der Versammlung wurde beschlossen, daß in Zukunft nur die Dienstbotenlöhne, die Ausgaben für die Beschaffung der notwendigen Lebens- und Betriebsmittel, die fälligen Zinsen, die Handwerkerrechnungen und Pachtverträge bezahlt werden sollen. Erst wenn diese Ausgaben gezahlt seien, könne man an die Abtragung der öffentlichen Lasten herantreten. Von den Regierungen des Reiches und des Landes wurde eine Steuerbefreiung für die Landwirtschaft ab 1. Februar auf ein Jahr verlangt.

Der Kampf in Oberschlesien. Die Abwehr zerbröckelt.

Kattowitz, 8. Februar.
Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften hat in ihrer Sitzung vom 8. Februar das Stimmenergebnis der einzelnen Gruben zusammengestellt. An der Abstimmung haben sich 36 Gruben teils geheim, teils öffentlich beteiligt. Von 16 Grubenanlagen haben sich die Belegschaften für einen Streik ausgesprochen, und von 20 gegen den Streik. Auf den GIESCHE-Gruben, auf denen ein Streik seit mehreren Tagen im Gang ist, wurde nicht abgestimmt. Auf Grund der Abstimmung erläßt die Arbeitsgemeinschaft einen Aufruf, in dem die Belegschaften aufgefordert werden, die Arbeit fortzusetzen.

Im NICKISCH-Schacht fand eine Belegschaftsversammlung statt, an der etwa 4000 Bergleute teilnahmen. Es wurde beschlossen, den vor einigen Tagen auf den dortigen Gruben ausgebrochenen Streik weiterzuführen. Ferner wurde ein Streik-Ausschuß gebildet, der von sich aus die Betriebsräte sämtlicher ostoberschlesischer Kohlengruben für Dienstag vormittag zu einer Sitzung nach Kattowitz einberufen hat.

Ein klares Bild der Gesamtlage hat sich noch nicht ergeben. Auch die Urabstimmung hat nicht Klarheit gebracht, da sich vielfach kaum 50 Prozent der Belegschaften an der Abstimmung beteiligten. Die Abstimmungsergebnisse selbst sind uneinheitlich. Größeren Mehrheiten gegen den Streik stehen in anderen Gruben ebensohohe Mehrheiten für den Streik entgegen.

Der Arbeitskonflikt in Dänemark.

Kopenhagen, 8. Februar.
Wie verlautet, planen sowohl die dänischen Großbanken als auch das Parlament in den drohenden Arbeitskonflikt einzugreifen, da namentlich die Banken bei Vornahme der Riesenaussperrung wegen der Hergabe vieler Millionen für Wohnbauten unübersehbaren Schaden erleiden würden. Der Ministerpräsident STAUNING hat am Montag mehrere Besprechungen mit beiden Parteien abgehalten. Am Dienstag findet deswegen eine Kabinettsitzung statt. Man ist sich darin einig, daß ein Arbeiterkonflikt jetzt für Dänemark untragbar sei.

Gleichzeitig wird Montag abend die Zahl der Arbeitslosen mit 148 510 bekanntgegeben, die höchste Zahl Arbeitsloser, die Dänemark je erlebt hat.

Arbeitslosigkeit in England.

London, 8. Februar.
Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in England betrug am 25. Januar 2 728 411. Gegenüber dem Stand vom 21. Dezember 1931 ist die Arbeitslosenziffer um 218 490 gestiegen. Die augenblickliche Arbeitslosenzahl ist ferner gegenüber dem Stand im gleichen Zeitraum des Vorjahres um 135 761 höher.

Die Frauen in den Gewerkschaften.

M.H. Die Gesamtzahl der Mitglieder der dem ADGB angeschlossenen Verbände ist 1930 erstmalig seit 1926 gesunken, und zwar um 4,7 Prozent; an dieser ungünstigen Entwicklung ist die weibliche Verbandsmitgliedschaft besonders beteiligt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder sank um 6,9 Prozent, und zwar von 718 607 auf 669 285. Der Prozentsatz der Frauen unter den ADGB-Mitgliedern ist damit von 11,5 auf 14,2 gefallen. (1924 war er noch 19 Prozent!) Einige Verbände konnten aber auch 1930 eine Zunahme des Prozentsatzes an weiblichen Mitgliedern verzeichnen, so die Tabakarbeiter, Hutarbeiter, Hotelangestellten, Friseurgehilfen, der Gesamtverband, die Landarbeiter.

Die Beteiligung der Frauen am Verbandsleben hat in den letzten Jahren trotz der wirtschaftlichen Not, die besonders den Frauen häusliche Sorge und Mehrarbeit aufzwingt, erfreulich zugenommen. Besonders zeigt sich das in der Wahl von Frauen in die Betriebsvertretungen. So ist z. B. im Buchbinderverband der Rückgang der Frauen in den Betriebsvertretungen wesentlich geringer als in der Mitgliedschaft; im Fabrikarbeiterverband ist der Prozentsatz der Frauen in den Betriebsvertretungen sogar gestiegen, von 6,7 auf 7,3 Prozent, auch im Textilarbeiterverband etwas. Diese, allerdings langsame Entwicklung ist vor allem deswegen erfreulich, weil die Frauen in den Betrieben zu dem am meisten ausgebeuteten Arbeitnehmer gehören, und deswegen der Kampf gegen die Minderbewertung und geringere Bezahlung der Frauennarbeit unbedingt energisch geführt werden muß. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, gerade auch die weiblichen Funktionäre zu schulen, worin vor allem der Metallarbeiterverband in besonderen Kursen auch schon seit einigen Jahren begonnen hat.

Aus dem Baugewerksbund. Nur 10 Proz. der Mitglieder beschäftigt!
M.H. Vor kurzem nahmen der Bundesbeirat des Deutschen Baugewerksbundes zur Lage auf dem Bauplatz Stellung. Sie ist katastrophal: nur noch etwa 10 Prozent der Mitglieder des Baugewerksbundes haben Arbeit. Die Zahl der baugewerblichen Konkurse wächst. Bei den neuen Lohnfestsetzungen infolge der Notverordnung ist es in vielen Gegenden Deutschlands zum Lohnabbau bis zu 16 Prozent gekommen. Vor allem wurden die Bezirke Ostpreußen und Oberschlesien dabei stark mitgenommen.

In Anbetracht der gespannten Finanzlage des Verbandes wurde als Notmaßnahme beschlossen, die Invalidenunterstützung der Organisation auf die Hälfte herabzusetzen. Die Ausgaben für diesen Unterstützungsweig sind stark gestiegen; am Jahreschluß 1930 betrug die Zahl der Unterstützungsempfänger 9081, Ende 1931 jedoch 11 313. Für 1932 werden die Invalidenunterstützungen voraussichtlich 2 Millionen Mark betragen. Zum Siedlungswesen wurde erklärt, daß bedauerlicherweise bei den in Aussicht genommenen vorstädtischen Kleinsiedlungen wie bei den ländlichen Siedlungen die fachkundigen Bauarbeiter ausgeschaltet werden sollten. Man rede von Nachbarhilfe, von freiwilligem Arbeitsdienst, vom Maurer rede man fast gar nicht! Der Verband habe daher am 21. Januar dem Reichsarbeitsminister ein Schreiben übersandt, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Bauarbeiter unbedingt notwendig wären, um zu einer praktischen und nützlichen Ausführung der benötigten Baulichkeiten zu kommen, daß es ferner möglich sei, bei sparsamer Materialwirtschaft und rationeller Arbeitsorganisation mit den in Aussicht genommenen Mitteln auch bei tarifmäßiger Lohnzahlung Häuser in Massivbau zu errichten.

Ein Silberstreif.
W. Fl. Köln, 8. Februar.
Der Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab), Köln, veranstaltete am 5. Februar eine Mitgliederversammlung, an der Kollege HAGEN aus Uerdingen über das Thema „Was ich in Rußland gesehen habe“ referierte. Er versuchte sichtlich, ein objektives Bild zu geben, wobei es ihm allerdings passierte, daß er fast mehr über die Zahlen und Statistiken, die man ihm bei seiner Rußlandreise in die Hand gedrückt hatte, sprach als über persönliche Eindrücke. Das Wichtige und Lehrreiche an diesem Abend war aber die Tatsache, daß es gelungen ist, dieses im parteipolitischen Streit stehende Problem Rußland zu behandeln ohne den Standpunkt der parteipolitischen Neutralität zu verletzen. Es wurde weder Propaganda für die Kommunistische Partei

betrieben noch die aus SPD-Kreisen bekannte Rußlandhetze. Man besprach sachlich das, was die Kollegen interessierte. Die Ortsverwaltung Köln des Butab hat schon mehrmals Abende mit aktuellen Themen veranstaltet, wobei stets darauf geachtet wurde, daß weder SP- noch KP-Parteilichkeit in die Diskussion getragen wurde. Der Erfolg: Steigender Besuch der Versammlungen. Gleichzeitig konnten die Versammlungen für alle diejenigen eine Lehre sein, die es nicht für möglich halten, politische Fragen von parteipolitischen Fragen zu trennen.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.
Mittwoch, den 10. Februar.
Berlin: 17.00 BRUNO SCHÖNLANK liest für die Jugend. 22.30 Tonfilm-ausschnitt aus den Völkerbundverhandlungen.
Hamburg: 16.00 HAYDN-MOZART-Konzert.
Königsberg: 11.15 Dipl.-Ing. GERSTENBERG: Unfall und Landmaschinen. 16.00 Elternstunde: Gehorsam und Wahrhaftigkeit.
Königswusterhausen: 11.30 Dr. TASCH: Was bedeutet das neue Milchgesetz für den bäuerlichen Besitzer?
Langenberg: 18.40 Geschäftsführer BREDEMANN: Die Betriebsvertretungen im Urteil der Gewerbeaufsichtsbehörden.
Leipzig: 19.00 Prof. Dr. RAAB: Aufgaben und Aussichten der deutschen Reparationspolitik. (Vergleiche dazu den Aufsatz „Ein kapitalistisches Täuschungsmanöver“, im „Funken“ Nr. 16.)

Donnerstag, den 11. Februar.
Berlin: 18.30 H. POHL: Auswirkungen der Notverordnung auf die Angestelltenversicherung. 20.30 Klavier-Sonate, Es-dur, op. 7. von BERTHOVEN. 18.55 A. GÜRTELFR: Sozialpolitische Umschau.
Königswusterhausen: 17.30 Dr. Dix: Fünf Jahrzehnte kolonialer Neuzeit. (Vergleiche dazu den Aufsatz „Asien und die christlichen Missionen“, im „Funken“ Nr. 27.) 19.30 Dr. HERHOLD: Die praktische Auswirkung der vierten Notverordnung im landwirtschaftlichen Betriebe.
Langenberg: 19.15 Aus der Praxis der Angestelltenversicherung.
Mühlacker: 20.15 Siegt der Autarkie-Gedanke im britischen Reich? Zeitbericht von Aktualis. (Vergleiche dazu den Aufsatz: „Internationale Solidarität“ im „Funken“, Nr. 18.)
Moskau, Gewerkschaftssender: 20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestelkgeld

Name Ort
Straße und Hausnummer
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichel, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin Verlag: Internationales Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT: Abrüstung, Völkerbund u. Frieden

THEODOR HÜPEDEN: Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen.

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 83

Verkaufsstellen:
1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 57
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 43, Lietzmannstraße 16 17
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 3062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9

Telephon: 25 5 42

Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1.— M.

Etty Gräffe

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Poppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Theoretisches Rüstzeug für sozialistische Politik:

„Führer-Erziehung als Weg zur Vernunft-Politik“
Von LEONARD NELSON

27 Seiten 80 Pfennige

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag (Postscheckkonto: Hannover 60649)

Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Gegen die Reaktion in Spanien.

Von unserem Mitarbeiter in Spanien.

H. P. Madrid, den 5. Februar.

In der gestrigen Parlamentssitzung kam es anlässlich einer Interpellation über die Auflösung des Jesuitenordens wieder zu mehreren stürmischen Auftritten. Die Rechtsparteien blieben bei ihrer Obstruktionstaktik und versuchten nachzuweisen, daß das sogenannte „Vierte Gelübde“, das unbedingten Gehorsam gegenüber dem Papst fordert, in der Gesellschaft Jesu gar nicht verlangt werde. Die Auflösung sei also der Verfassung entgegen. Sie hielten den Abgeordneten vor Augen, wie groß die Kulturarbeit der Jesuiten gewesen sei. Die Gesellschaft Jesu sei eine derjenigen Kräfte gewesen, die am meisten zur Ausbreitung der Kultur in der Welt beigetragen hätten. Und dann ein Lob für die deutschen Sozialdemokraten:

„Und während heute in Frankreich mehr Residenzen der Jesuiten existieren, als vor der Anwendung des Gesetzes WALDECK-ROUSSEAU, während heute in Deutschland durch die Sozialisten — und wir müssen diesen Genossen (compañeros) dafür dankbar sein — das alte monarchische Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten abgeschafft wurde, und während sich in diesem Augenblick in allen Ländern die Arme öffnen, um die Jesuiten zu empfangen, schreitet Spanien zur Auflösung (des Ordens) ...“

Der Hinweis auf die Kirchenfreundlichkeit der deutschen Sozialdemokraten ist ein beliebtes Mittel der Katholiken, den Sozialisten anderer Länder, die sich energischer gegen die Kirche wenden, Prügel zwischen die Beine zu werfen.

Aus einem verhältnismäßig geringfügigen Anlaß entstand ein erheblicher Skandal, der fast in Tätlichkeiten ausartete. Die ständige Wiederkehr der Debatten über die Kirche, und die hochgradige Erregung, die dabei entsteht, sind charakteristisch für das Verhältnis des Staates zur Kirche. Wie wenig wahrscheinlich aber ein rascher Rückkehr der Jesuiten ist, zeigt die Einmütigkeit der Kirchengegner in dieser Frage bis weit in die Rechtskreise. Die Regierung scheint fest entschlossen zu sein, der weiteren Propaganda der Katholiken diesmal einen etwas stärkeren Widerstand entgegenzusetzen. Herr AZANA hat erklärt, daß das Verbot des „El Debate“ bis zum Frühling bestehen bleiben soll.

Aber auch andere Maßnahmen der Regierung zeigen, daß sie die Gefahren eines Anwachsens der Reaktion erkannt hat. Diese Gefahren bedrohen weniger den Bestand der Republik als vielmehr die Regierung AZANA, und lassen auch die Möglichkeit einer Diktatur stärker hervortreten.

Seit einiger Zeit ist es um einen Mann verhältnismäßig still geworden. Dieser Mann ist der ehemalige Ministerpräsident LERROUX, das Haupt der republikanischen liberalen Partei. Diese Stille hat der geschickte Politiker wohl künstlich um sich geschaffen; denn er weiß, daß ein zu großen Dingen bestimmter Mann sich nicht Tag für Tag vor jeglichem Publikum stellen darf. Sollen seine Worte Gewicht bekommen und Aufsehen erregen, so muß die Öffentlichkeit vorbereitet werden. Schon seit Wochen wird sie auf seine Rede, die er am 11. Februar in Barcelona zu halten gedankt, vorbereitet. Ein besonderes Organisationskomitee ist geschaffen worden, das mit der Abwicklung des Programms beauftragt ist. Die Rede soll durch Radio über ganz Spanien verbreitet werden.

Was will Herr ALEXANDER LERROUX? Seine Parteifreunde kündigen es in Reden an:

„Er ist der Mann der zukünftigen Regierung. Die Cortes sollten sich aus Liebe zur Republik und aus Pflichtgefühl auflösen. Ein anderes Parlament, das schnellstens zusammenberufen werden soll, müsse mit der Ausarbeitung der Ausführungsgesetze zur Verfassung beauftragt werden.“ (Herr ALVAREZ in Valencia am 31. 1. 1932.)

Und was seine Partei will, sagt ebenfalls Herr ALVAREZ: „Die Partei ist konservativ und fortschrittlich: konservativ, weil sie nicht die hohen sozialen Interessen Spaniens aufs Spiel setzen kann; fortschrittlich, weil sie für alle Ideen und Bestrebungen offensteht — mit einer Bedingung: daß sie dem Gewissen des spanischen Volkes entsprechen und nicht dem Niederreißer dienen.“

Kurz, die Partei ist reaktionär und hat die Absicht, die Interessen der besitzenden Klasse rücksichtslos zu wahren.

Herr LERROUX weiß natürlich, daß eine Regierung nach seinen Plänen in dem jetzigen Parlament wohl schwerlich

zustande kommen kann, um so weniger, als die Regierung AZANA durchaus die Presse und die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich hat. Man müßte sich also nach außerparlamentarischen Kräften umsehen. —

Da erinnert man sich des Generals SANJURJO, der schon einmal einen herausfordernden Ton gegenüber der Regierung angeschlagen hat. SANJURJO steht im Ruf eines energischen und entschlossenen Mannes, aber nicht weniger auch in dem Ruf, ein Gegner des Kabinetts AZANA zu sein. Als Befehlshaber der Guardia Civil hätte er der Regierung wohl Schwierigkeiten machen, ja, sie sogar stürzen können, wenn er sich im Bunde mit einem Politiker befunden hätte. Es ist nicht schwer, hier die Fäden, die zu LERROUX laufen, zu entdecken. Die großen und umfangreichen Vorbereitungen für die Rede LERROUX kann man unter diesen Umständen als Einleitung für einen Generalangriff auf das Kabinett AZANA ansehen. Und im Hintergrunde wartet der General mit einer disziplinierten Truppe.

Da holt AZANA zum Gegenschlag aus. Das Kriegsministerium veröffentlicht im amtlichen Organ eine Verordnung, wonach eine Reihe Versetzungen führender Persönlichkeiten im Heer und in den übrigen Wehrkräften verfügt wurde. Unter diesen Namen erscheint auch der des Generals JOSE SANJURJO. Die Leitung der Guardia Civil übernimmt an Stelle des Generals SANJURJO der unter der Diktatur vielfach verfolgte General MIGUEL CABANELLAS, wie es scheint, also ein zuverlässiger Republikaner. Diese Umstellung ist sehr schnell vor

Um die Einheitsfront in der Präsidentenfrage.

L. W. Melsungen, im Februar.

Auf einer SPD-Versammlung in unserer Kreisstadt, an der etwa 150 Arbeiter teilnahmen, wurde in der Diskussion der Vorschlag gemacht, einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten zur Reichspräsidentenwahl aufzustellen. Die Führung in dieser Einheitsfront sollten die Freien Gewerkschaften übernehmen, da sie eine überparteiliche Organisation sind. Ein Teil der Anwesenden stimmte zu. Der Redner FREITHOF (Kassel), sozialdemokratischer Parteisekretär, lehnte ab. Er hatte nämlich in seiner Rede HINDENBURG als das kleinere Übel für die Arbeiterschaft hingestellt. HITLER hatte er mit faulen Witzen abgetan. Er hatte ihm empfohlen, als Nachtwächter von Hildburghausen das Dritte Reich mit der Stalllaternen zu suchen. Nun war er unangenehm gestört durch den Vorschlag, einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten aufzustellen. Er behauptete höhnisch, solche ein Mann ließe sich nicht finden. Wer daran glaube, sei ein politischer Kindschopf. Zwischenruf: „Du rückst ja die Freien Gewerkschaften in ein schönes Licht!“ Darauf der Redner: „Sieh dich nur vor, daß du nicht ähnlich wie der Nachtwächter von Hildburghausen den Mann mit der Stalllaternen suchen mußt.“ Er bestritt, daß die Kommunisten gewillt wären, sich an einer Einheitsfront zu beteiligen und führte als „Beweis“ an, daß durch das Verschulden der KP vor sieben Jahren die Wahl BRAUNS zum Reichspräsidenten hintertrieben worden sei. Er endete seine Schlussrede: „Mit solchen Menschen kann ich mich nicht an einen Tisch setzen.“

Der Parteisekretär in der Provinz spricht endlich aus, was in Berlin noch kein SP-Funktionär öffentlich zu sagen wagt: HINDENBURG ist der Kandidat der SPD. Sich mit HINDENBURG abzufinden, ist Sache der SP-Mitglieder. Aber der unerhörte Versuch dieser Partei, die Gewerkschaften zu zwingen, zu Gunsten von HINDENBURG auf die Initiative zur Aufstellung eines Einheitskandidaten der Arbeiter zu verzichten — dieser Versuch trifft die gesamte Arbeiterschaft. Es steht bei allen Gewerkschaftskollegen, in den einzelnen Verbänden eine starke Stimme des Protestes wachzurufen gegen diesen Schlag gegen die Aktionskraft der Freien Gewerkschaften. Durch solchen Protest können wir den Gewerkschaftsfunktionären den Rücken stärken, die nicht bereit sind, in ihrer Gewerkschaftsarbeit sich durch die Wünsche einer Partei die Hände binden zu lassen.

heulte auf dem Hinterhofe; „er“ aber ging über den Flur (so erzählte der Alte später), wie wenn er die Tür suchte, ging daran vorbei, begann wieder an der Wand umherzutasten und stieß an einen Zober, so daß dieser dröhnte. Und wieder fing „er“ an umherzutasten, als ob er die Klinke suchte. Und jetzt, jetzt faßte er die Klinke an. Dem Alten lief ein Zittern über den Leib. Jetzt machte „er“ die Klinke auf und trat in menschlicher Gestalt ein. Dutlow wußte schon, daß „er“ es war. Er wollte das Zeichen des Kreuzes machen, war aber nicht dazu imstande. „Er“ trat an den Tisch, auf dem eine Decke lag, zog sie herunter, warf sie auf den Fußboden und machte sich daran, auf den Ofen zu steigen. Der Alte erkannte, daß „er“ Polikeis Gestalt hatte. „Er“ flotschte die Zähne und schlenkerte mit den Armen. Nun war „er“ auf den Ofen hinaufgestiegen, legte sich gerade auf den Alten herauf, wie wenn er ihn ersticken wollte.

„Mein Geld!“ sagte Polikei.
„Laß mich los; ich will es nicht behalten ...“ wollte Semjon sagen, vermochte es aber nicht.

Polikei lästete auf seiner Brust mit dem Gewichte eines steinernen Berges. Dutlow wußte, daß, wenn er ein Gebet sprechen würde, „er“ von ihm ablassen werde, und wußte auch, welches Gebet er sprechen mußte; aber dieses Gebet zu sprechen war er nicht imstande. Einer der Enkel schlief neben ihm. Der Knabe schrie laut auf und fing an zu weinen: der Großvater hatte ihn gegen die Wand gedrückt. Das Geschrei des Kindes löste den Bann von den Lippen des alten Mannes. „Christus möge auferstehen!“ sprach Dutlow. „Er“ ließ ihm ein wenig Luft. „Und die Feinde mögen zerstreut werden ...“ stammelte Dutlow. „Er“ stieg vom Ofen hinab. Dutlow hörte, wie er mit beiden Füßen auf den Fußboden aufstieg. Dutlow sprach immer noch Gebete, alle, die er nur kannte, der Reihe nach. „Er“ ging zur Tür, am Tisch vorbei, und schlug die Tür so heftig zu, daß das Haus zitterte. Jedoch schlichen alle weiter, außer dem Großvater und dem Enkel. Der Großvater sagte laut seine Gebete her und zitterte am ganzen Leibe; der Enkel weinte, während er wieder einschloß, und schmierte sich an den Großvater. Alles war wieder still geworden. Der Großvater

sich gegangen, ja, so schnell, daß einige, wie zum Beispiel CABANELLA, der von AZANA nach Madrid gerufen wurde, noch am Vorabend seiner Ernennung keine Ahnung davon hatten, weswegen sie nach Madrid beordert wurden. CABANELLA hat die Befehlsgewalt über die Guardia Civil sofort übernommen, während SANJURJO, der das Kommando über die Grenztruppen, also über einen unbedeutenden Truppenteil, erhielt, seine Stelle erst am Montag antreten wird.

Eigentümlicherweise geben die Zeitungen Madrids zu diesen wichtigen Verfügungen keine Kommentare. Zwar wird überall betont, daß diese Versetzungen Aufsehen erregt hätten, aber man beschränkt sich auf die Wiedergabe der Äußerungen AZANAS über diesen Punkt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesen überaus raschen Entschlüssen der Regierung einen Reflex der heftigen Kämpfe, die sich unterirdisch und stumm abspielen, sieht. Die Kammer geht zu einem Punkt über, der möglicherweise — in Anbetracht der radikalen Mehrheit — der besitzenden Klasse schwere Wunden schlagen kann: zur Agrarreform! Hier geht es nicht mehr um das Eigentum der Jesuiten, hier handelt es sich um den Bestand der bürgerlichen Republik. Und hier kommt der Augenblick, wo sich viele, sonst feindliche Gruppen, verstehen. LERROUX'S Rede sollte den Auftakt bilden, sollte wohl die Linie aufzeigen, auf der die bürgerliche Rechte sich einigen könne: konservativ und fortschrittlich; konservativ in der Erhaltung des Besitzes und fortschrittlich in der Ausbeutung.

AZANA, der kaum von sich hören läßt und nur Bericht erstatten lakonische Antworten gibt, scheint in diesem Kampf nicht nur gerüstet zu sein, sondern wird ihn wohl auch siegreich bestehen.

Sehen wir uns noch die Gründe an, die FREITHOF gegen den Vorschlag des Einheitskandidaten vorgebracht hat.

1. Ein geeigneter Einheitskandidat ließe sich nicht finden. — Wir könnten leicht ein Dutzend Persönlichkeiten nennen, die für diesen Zweck ernsthaft in Frage kommen, und zwar sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten, als auch andere. Aber wir wollen jetzt nicht den Streit um den Namen entfesseln. Diesen Streit würden diejenigen bereitwillig aufgreifen, die daran interessiert sind, die Aufmerksamkeit von dem ersten und wichtigsten Schritt abzulenken: von der Fühlungnahme der großen Arbeiterorganisationen. Ist diese Fühlungnahme mit dem Ziel, einen geeigneten Kandidaten ausfindig zu machen, erst einmal aufgenommen worden, und mangelt es dann dem Komitee an Ideen zur Personenfrage, so wollen wir gern mit Vorschlägen helfen. Zunächst aber steckt die Sache an anderer Stelle: man will nicht zusammengehen.

2. Die Kommunisten wollen diese Einheitsfront nicht. — Bisher hat nur FREITHOF bewiesen, daß er nicht will. Selbst wenn aber jetzt die Kommunisten nicht wollen, so steht es vor allem bei den Freien Gewerkschaften und bei der SP, durch einen großzügigen und klugen Vorschlag die KP vor die Wahl zu stellen, sich entweder als Saboteur der Einheitsfront zu enttun oder mitzumachen. Welcher Kommunist könnte mit stielhaftem Grund ablehnen, wenn ihm ein auch für Nichtkommunisten wählbarer Kommunist als Einheitskandidat vorgeschlagen würde? (Mit derselben Großzügigkeit könnte die KP die SP in die Einheitsfront hineinzwingen.)

3. Mit denen, die die einheitliche Wahl BRAUNS hintertrieben haben, könne die SP sich jetzt nicht an einen Tisch setzen. — Die Hintertreiberin der Wahl BRAUNS war vor allem die SP selber, die ihren Kandidaten zu Gunsten des schwarzen „Lichtbringers“ MARX zurückzog. Worum sich die SP damals unter Opfern bemüht hat, war die Einheitsfront der Weimarer Koalition, keineswegs die Einheitsfront der Arbeiter. Auch im ersten Wahlgang wurde damals BRAUN als Kandidat der Sozialdemokratischen Partei aufgestellt; einen Versuch, einen Einheitskandidaten der Arbeiter zu präsentieren, hat die SP damals auch im ersten Wahlgang nicht gemacht. SP-Mitglieder, die es den Kommunisten zum Vorwurf machen, daß sie damals nicht BRAUN gewählt haben, müßten heute, um sich nicht dem gleichen Vorwurf seitens der Kommunisten auszusetzen, zur Wahl THÄLMANN'S aufordern.

Die Fadenscheinigkeit dieser „Gründe“ FREITHOF'S zeigt, daß der Parteisekretär aus der Provinz die wahren Gründe für seine Ablehnung des Vorschlages der Einheitsfront in der Präsidentenfrage verschwiegen hat.

lag da, ohne sich zu rühren. Der Hahn krächte auf der anderen Seite der Wand dicht an Dutlows Ohr. Er hörte, wie die Hühner munter wurden, und wie ein junges Hähnchen dem alten das Krähen nachzumachen versuchte, es aber nicht vermochte. Bei den Füßen des alten Mannes bewegte sich etwas. Es war die Katze: sie sprang vom Ofen auf den Fußboden auf ihre weichen Pfoten und begann an der Tür zu miauen. Der Großvater stand auf und schob das Fenster in die Höhe; auf der Straße war es dunkel und schmutzig; unmittelbar unter dem Fenster stand das Vorderende eines Wagens. Sich bekreuzend ging er barfuß auf den Hof zu den Pferden; und da konnte man sehen, daß der Hausherr wieder angekommen war. Die Stute, die unter dem Schuppendach am Mauerabsatz stand, hatte sich mit dem einen Fuße in den Zügel verwickelt, den Häcksel verschüttet und wartete nun mit aufgehobenem Fuße und seitwärts gewendetem Kopfe auf den Hausherrn. Das Füllen war in die Düngergrube gefallen. Der alte Dutlow brachte es wieder auf die Beine, machte die Stute von der Verschlingung frei, schüttete Futter auf und ging wieder in die Stube zurück. Die Alte war aufgestanden und hatte den Leuchtspan angezündet. „Wecke die Kinder auf; ich will nach der Stadt fahren“, sagte er, und nachdem er vor den Heiligenbildern eine Wachskerze angezündet hatte, stieg er mit seiner Frau in den Keller hinunter. Als er von dort wieder herauskam, war bereits nicht nur bei ihm, sondern auch bei allen Nachbarn Licht angezündet. Die Söhne Dutlows waren aufgestanden und schon in eifriger Tätigkeit. Die Frauen gingen mit Eimern und Milchkannen ein und aus. Ignat spannte den einen Wagen an; der zweite Sohn schmierte den andern. Die junge Frau heulte nicht mehr; sie hatte sich geputzt, sich ein Tuch um den Kopf gebunden, saß in der Stube auf der Bank und wartete auf den Zeitpunkt, wo sie nach der Stadt fahren würde, um von ihrem Manne Abschied zu nehmen.

Der Alte schien heute besonders ernst und streng zu sein. Zu niemandem sprach er auch nur ein Wort; er zog seinen neuen Rock an, band sich den Gurt um und begab sich, mit Polikeis ganzem Gelde an der Brust unter dem Hemde, zu Jeger Michailowitsch. (Fortsetzung folgt.)

POLIKEI.

Von Leo Tolstoi.

(21. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig.)

Dutlow betete, dann betrachtete er Ilja's Frau, wiegte den Kopf hin und her, löschte den Leuchtspan, den er wieder angezündet gehabt hatte, aus, rülpste noch einmal, stieg auf den Ofen und legte sich neben einen seiner Enkel. Im Dunkeln warf er von oben seine Bastchule hinunter, legte sich auf den Rücken, blickte nach der Querstange über dem Ofen, die über seinem Kopfe kaum sichtbar war, und horchte auf die an der Wand raschelnden Schaben, auf das Geräusch der Schlafenden, wenn sie seufzten, schnarchten und ein Bein am andern rieben, und auf die Laute des Viehs auf dem Hofe. Er konnte lange nicht einschlafen; der Mond ging auf; es wurde heller im Zimmer; er konnte in der Ecke Axinja sehen, sowie etwas, was er nicht recht erkennen konnte: hatte einer der Söhne da einen Kittel vergessen, oder hatten die Weiber da einen Zober stehen lassen, oder stand da jemand? In seinem Zustande des Halbschlafs blickte er immer wieder hin. Es war offenbar: jener finstere Geist, welcher Polikei zu seiner furchtbaren Tat getrieben hatte, und dessen Nähe die Gutsleute in dieser Nacht empfunden hatten, dieser furchtbare Geist reichte mit seinen Schwingen auch bis zum Dorfe, bis zu Dutlows Hause, wo das Geld lag, dessen „er“ sich zu Polikeis Verderben bedient hatte. Wenigstens glaubte Dutlow seine Anwesenheit zu empfinden und hatte ein unheimliches Gefühl. Er konnte nicht schlafen und vermochte doch auch nicht aufzustehen. Bei dem Anblicke des Gegenstandes, über den er nicht ins klare kommen konnte, dachte er unwillkürlich an Ilja mit den gebundenen Armen und an Axinjas Gesicht und ihr geschicktes Wehklagen und an Polikei mit den schlenkernden Händen. Auf einmal schien es dem Alten, als gehe jemand am Fenster vorbei. „Was ist das? Geht etwa schon der Schulze umher, um etwas anzukündigen?“ dachte er weiter, als er Schritte auf dem Flur hörte; „hat etwa die Alte nicht zugemacht, als sie ins Vorhaus ging?“ Der Hund

Lohnabbau und Preissenkung.

Ein Versprechen des Reichskanzlers.

Auf ein Schreiben, in dem der Abgeordnete WELS namens der Sozialdemokratischen Partei Vorstellungen wegen der Gleichzeitigkeit der Lohnsenkungen mit den Preissenkungen in der Notverordnung erhob, hat der Reichskanzler folgende Antwort erteilt:
Der Reichskanzler.

Berlin W 8, den 12. Dezember 1931.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ihre gefälligen Zeilen vom heutigen Tage habe ich soeben erhalten, und ich beehre mich, sie bei ihrer Bedeutung sogleich zu beantworten.

Mit Ihnen bin ich durchaus davon durchdrungen, daß eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung durch die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen von den verhängnisvollsten Folgen sein würde.

Von dieser Auffassung war auch die Reichsregierung bei ihren letzten Entschlüssen beseelt. Den Niederschlag der Auffassung der Reichsregierung bitte ich aus der Einleitung der amtlichen Verlautbarung ersuchen zu wollen, mit der die Reichsregierung am 8. d. M. die neue Notverordnung der Öffentlichkeit unterbreitet hat. In dem vorletzten Absatz dieser Einleitung wird ausdrücklich ausgeführt, daß die Reichsregierung sich erst, nachdem durch Maßnahmen der verschiedensten Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise sichergestellt war, zu einem erneuten Eingriff in Löhne und Gehälter entschlossen habe.

In demselben Absatz heißt es dann weiter:

Die Tatsachen.

Der Reichskommissar für die Preisüberwachung hat vor kurzem festgestellt, daß die **Lebenshaltungskosten** seit der Notverordnung vom 8. Dezember um **6,3 Prozent gesunken** sind.

Eine Statistik über die tatsächliche Senkung der durchschnittlich gezahlten **Tariftlöhne** gibt es noch nicht. Das Institut für Konjunkturforschung hatte die voraussichtliche Senkung der Tariftlöhne, wie sie auf Grund der Notverordnung erfolgen sollte, im voraus (im Wochenbericht vom 16. Dezember) folgendermaßen berechnet:

Steinkohlenbergbau: Facharbeiter	10 %
Hilfsarbeiter	10 %
Metallverarbeitende Industrie: Facharbeiter	10 %
Hilfsarbeiter	10 %

Die Parole der Arbeitgeberverbände für 1932.

„Wir befinden uns an der Schwelle von 1932 nunmehr im vierten Stadium der lohnpolitischen Entwicklung. Die Löhne sind zum erstenmal schlagartig und in einem wirtschaftlich spürbaren Umfang herabgesetzt worden. Diese Lohnherabsetzung ist aber immer noch mit der Fiktion (Annahme) der Erhaltung der Kaufkraft verbunden, durch die Ankündigung einer Gleichzeitigkeit von Lohn- und Preissenkung. Die Gewerkschaften haben diese Fiktion der Gleichzeitigkeit ernst genommen und ihr die Auslegung gegeben, daß eine entsprechende Senkung der Preise und Lebenshaltungskosten die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der letzten notverordneten Lohnsenkung sei; ein Brief des Reichskanzlers . . . hat diese gewerkschaftliche Annahme nicht entkräftet, sondern eher bestärkt. Die lohn-

Fragen an den Reichskanzler.

Halten auch Sie Ihr Versprechen für eine Fiktion? Wollen Sie zu Ihrem Wort stehen oder nicht?

Die Aufgabe der Gewerkschaften.

Der Versuch, durch die „gleichzeitige“, „schlagartige“ Senkung von Löhnen und Preisen die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, ist ganz offenbar gescheitert. Die Gerüchte über dilettantische Vorschläge zur Ankurbelung der Wirtschaft, und offenbar auch solche Vorschläge selber schießen wie Pilze aus der Erde. Es ist Sache der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß nicht weiter experimentiert wird, sondern endlich das Richtige geschieht.

Was ist das Richtige? Was ist jetzt notwendig?

Es ist notwendig, jetzt durch politische Eingriffe das herbeizuführen, was in früheren Krisen von selber

„Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann.“

Mit voller Absicht habe ich in dieser bedeutsamsten Frage des Gesamtprogramms die Reichsregierung in dieser eindeutigen Form für die Zukunft festgelegt. So sehr ich mir die Durchführung dieses Teiles des Gesamtprogramms mit allem Ernst und Nachdruck angelegen sein lassen werde, so war doch, da es sich hierbei um Fragen der zukünftigen Regierungspolitik handelt, eine gesetzliche Festlegung im Texte der Notverordnung technisch schwer durchführbar. Angesichts Ihrer Anfrage lege ich aber doch Wert auf diese Feststellung der Ziele der Regierungsarbeit, die ich übrigens schon wiederholt letzthin auch gegenüber dem Reichsarbeiterbeirat der Zentrumpartei getroffen habe.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

bin ich Ihr ergebener

(gez.) Dr. BRÜNING.

(„Vorwärts“ Nr. 589, vom 17. Dezember 1931.)

Chemische Industrie: Facharbeiter	15 %
Angelernte Arbeiter	15 %
Baugewerbe, insgesamt: Facharbeiter	8,4 %
Hilfsarbeiter	10 %
Papiererzeugende Industrie: Facharbeiter	10 %
Hilfsarbeiter	10 %
Papierverarbeitende Industrie: Facharbeiter	13,7 %
Hilfsarbeiter	13,6 %
Buchdruckgewerbe: Facharbeiter	13,1 %
Hilfsarbeiter	12,2 %
Textilindustrie: Facharbeiter	11,3 %
Hilfsarbeiter	12,5 %
Braugewerbe: Facharbeiter	15 %
Hilfsarbeiter	15 %
Säb-, Back- und Teigwarenindustrie: Facharbeiter	15 %
Hilfsarbeiter	15 %

politische Bedeutung des Jahres 1932 wird nun darin bestehen, die Fiktion von der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen Bedingtheit von Lohn- und Preissenkung und der Aufrechterhaltung der Einzelkaufkraft des Lohnes zu zerstören. Erst mit der Tatsache, daß die Kaufkraft des Einzellohns in der Tat gesenkt worden ist, daß Kaufkraft von den Lohnempfängern auf die Erzeuger übertragen worden ist, daß Preissenkungen im Rahmen der Rentabilität nur organisch den Unkosten — und damit auch Lohnsenkungen folgen können und nicht mehr umgekehrt — erst mit diesem Durchbruch neuer Proportionen und ihrer Anerkennung wird die lohnpolitische Korrektur in Deutschland abgeschlossen sein.“

(„Arbeitgeber“ Nr. 2, 1932.)

Wollen Sie die von Ihnen selber vorausgesehenen „verhängnisvollen Folgen“ verantworten?

eintrat und in dieser Krise durch wirtschaftspolitische Eingriffe bisher verhindert worden ist: die Stärkung der Kaufkraft der Massen durch starke Preisrückgänge.

Diese Preisrückgänge werden sofort erfolgen — auch ohne Preiskommissar —, sobald die Regierung sich nicht mehr schützend vor bankerotte Großgrundeigentümer und Schwerindustrielle stellt. Die Arbeitslosigkeit wird sofort sinken, sobald statt der Schwerindustrie die Bauwirtschaft, statt der Großgrundeigentümer die Ansiedlung von Bauern und Gärtnern subventioniert wird. Für diese Maßnahmen sich einzusetzen, ist daher die Aufgabe der Gewerkschaften. Rpt.

aus. Sie hat nicht die Absicht, sich wegen des neuen Schiffes in finanzielle Schwierigkeiten zu stürzen. Wenn sie es aber auf eine billige Art und Weise fertigstellen könnte, würde sie sich trotz des schon vorhandenen Ueberangebots an Schiffsraum — schon aus Reklamgründen! — das neue Schiff gern zulegen.

Die Gesellschaft macht der englischen Regierung einen Vorschlag: Als im Jahre 1903 die beiden Cunard-Schiffe „Mauretania“ und „Lusitania“ gebaut wurden, war das nur mit Hilfe langfristiger Regierungskredite möglich, die erst im Jahre 1927 abgedeckt worden sind und zu einem sehr niedrigen Satze verzinst wurden. Wie wäre es mit einem gleichen Kredit für den Bau des neuen Schiffes?

Noch hat die Regierung auf diesen Vorschlag nicht geantwortet. Es scheint uns nicht unwahrscheinlich, daß auf die eine oder andere Art die Cunard-Linie die geforderte Subvention erhalten wird, eine Subvention, die, wie die meisten, lediglich dazu dienen würde, die Unwirtschaftlichkeit des heutigen Systems zu vergrößern. Me.

Politik und Wirtschaft in Oesterreich.

Frankreich kauft sich einen genehmen Notenbank-Präsidenten.

Der Präsident der österreichischen Nationalbank (der dortigen Notenbank), Dr. REISCH, ist am 1. Februar nach neunjähriger Amtsführung von seinem Posten zurückgetreten, weil die öffentliche Kritik an seiner Notenbankpolitik immer deutlicher und energischer wurde. An Unfähigkeit HAVENSTEIN zu vergleichen, hat REISCH offenbar außerdem gewissenlos gehandelt. Daß er geht, ist also gewiß kein Schade. Aber wer kommt? Der österreichische Bundespräsident hat am 6. Februar VIKTOR KIENBÖCK zum Präsidenten der österreichischen Nationalbank ernannt. Er ist christlich-sozial, war Finanzminister und gehört zum engsten Freundeskreis des Prälaten SEIPPEL, der wohl voraussichtlich bald auch öffentlich die Regierung Oesterreichs wieder in die Hand nehmen wird.

Wir erfahren, was hinter den Kulissen vor sich ging: Am 5. Februar war der französische Gesandte beim Bundeskanzler BURESCH, stellte ihm einen französischen Kredit von 100 Millionen Schilling (rund 60 Millionen Mark) in Aussicht, wenn KIENBÖCK Präsident der Nationalbank würde und wenn Generaldirektor NEUBACHER, der Obmann des Deutsch-österreichischen Volksbundes, nicht in den Vorstand der Credit-Anstalt (der größten Wiener Privatbank, die bekanntlich im Mai 1931 zusammenbrach) berufen würde.

Wir sehen: Ein ganz ähnliches Manöver, wie die Franzosen es im Juni 1931 ohne Erfolg versuchten, ist dieses Mal geglückt. Damals war SCHÖBER noch Außenminister und weigerte sich, Politik gegen Bezahlung zu machen. Es zeigt sich also in diesem Zusammenhang, wie wichtig es für SEIPPEL und seine Freunde — einschließlich derer in Paris — ist, daß sie SCHÖBER am 27. Januar aus dem Außenministerium verdrängt haben. H. H.

Forderungen der Ruhrbergherren.

Die Kohle ist im sogenannten bestrittenen Gebiet in Deutschland, das heißt: dem Gebiet, in dem die Zechenbesitzer nicht unbestritten die Preise diktieren können, zu billig! Die Ursache dafür ist vor allem die englische Kohleneinfuhr nach Deutschland. Diese war im vierten Vierteljahr 1931 um 24 Prozent größer als im ersten Vierteljahr, während zum Beispiel die englische Kohleneinfuhr nach Belgien bei Vergleichung derselben Vierteljahre um 23 Prozent, die Ausfuhr nach Frankreich um 12 Prozent zurückgegangen ist, weil diese Länder Abwehrmaßnahmen gegen die billige englische Kohleneinfuhr ergriffen haben. Deutschland hat bisher lediglich der deutschen Kohle Frachterleichterungen gewährt und Sozialversicherungsbeiträge des Kohlenbergbaus auf die Reichskasse übernommen. Die bisherige Senkung des Einfuhrkontingents für Auslandskohle wird von den Herren im Ruhrgebiet nicht als Hilfe anerkannt.

Die Ruhrkohlenherren fordern nun eine Verminderung der zugelassenen Einfuhrmengen an Kohle um zwei Drittel, einen Valuta-Ausgleichszoll von 30 Prozent vom Wert, und Senkung der Frachten Ruhrgebiet—Hamburg.

Wir vermuten, daß die Regierung diesen Forderungen, zumal sie anscheinend von den Gewerkschaften unterstützt werden, mehr oder weniger weitgehend Rechnung tragen wird. Denn Hilfe für die Schwerindustrie, auf Kosten der verarbeitenden Industrie und der Bevölkerung, ist in Deutschland ja seit Jahren üblich. Die Regierung wird kaum so rasch von den bewährten Methoden zur Verschärfung der Krise abgehen.

Was sie sich leisten können.

Die westdeutsche Industrie wird 14 Millionen Mark Danat-Bank-Aktien für 17,5 Millionen Mark übernehmen. Was hier vor sich geht, ist — kurz gesagt — folgendes: Zahlungsunfähige Schuldner kaufen ihren Gläubiger mit geliehenen Mitteln.

Die Autofrachtsätze steigen.

Am 10. Februar tritt der neue Reichskraftwagen-Tarif in Kraft, durch den die Reichsbahn einen unliebsamen Konkurrenten matt setzt. Bisher konnten die Lastautos in vielen Fällen die Reichsbahntarife unterbieten. Die Verfrachter konnten dadurch Kosten sparen. Das ist künftig ausgeschlossen, wie die folgenden vom „Berliner Tageblatt“ angestellten Berechnungen zeigen:

Eine 15-t-Wagenladung kostet (in Mark):

	Entfernung (in km)	Beförderungspreis		Mehrfacht des Zwangstarifs
		Eisenbahn- tarif	Kraftwagen- zwangstarif	
Mehl	600	513	607	94 %
Heringe	500	363	541	178 %
Betonwaren	400	259	465	206 %
Frischgemüse	300	168	373	205 %
Rüben	200	97	271	174 %

Das geschieht im Zeichen der Preissenkungs-Aktion der Reichsregierung. Es ist nur möglich, weil man die Konkurrenz durch einen Kommissar ersetzt hat.

Künstliche Fehlsteuerung der Wirtschaft.

Bekanntlich wird in Deutschland mehr Roggen angebaut, als die Bevölkerung in Roggenbrot u. s. w. zu essen wünscht. Durch einen Rückgang der Roggenpreise würden die Produzenten rasch gezwungen werden, diesen Wünschen der Verbraucher Rechnung zu tragen. Die Politik SCHIELES zeitigt nun folgendes Ergebnis: Die Anbaufläche für Winterroggen ist in diesem Jahr 6,2 Prozent größer als im Vorjahr. Alle Propaganda, mehr Weizen und weniger Roggen anzubauen, muß erfolglos bleiben, solange das Preissignal künstlich falsch gestellt wird!

Ein unhaltbarer Zustand beseitigt.

In Nr. 32 des „Funkens“ berichteten wir, daß die Aktionäre der Canadian Pacific Eisenbahn sich bitter darüber beklagten, daß ihre Dividenden halbiert worden sind, während die Löhne der Arbeiter nicht herabgesetzt wurden. Dieser Zustand wurde allgemein als unhaltbar anerkannt. Die Verwaltung der Gesellschaft hat daher beschlossen, mit Rückwirkung vom 1. Dezember 1931 die Löhne um 10 Prozent zu kürzen, und zwar vorläufig für die Dauer von 14 Monaten. Dadurch spart die Gesellschaft 21 Millionen Mark jährlich und wird infolgedessen vielleicht im nächsten Jahr in der Lage sein, die schreiende Ungerechtigkeit der Dividendenkürzung durch erhöhte Gewinnausschüttung wieder gutzumachen.

Staatshilfe zum Bau von Luxus Schiffen.

Der alte Vorwand: Beschäftigung von Arbeitslosen.

Die große englische Schiffahrtsgesellschaft Cunard sah sich kürzlich gezwungen, den schon begonnenen Bau eines Riesenspersonendampfers wieder einzustellen. Der Grund hierfür war nicht nur, daß die Gesellschaft Schwierigkeiten bei der Aufbringung der zum Bau des Dampfers nötigen Kredite hatte; sie wußte auch nicht recht, was sie eigentlich mit einem neuen Dampfer anfangen sollte, wo doch schon heute der vorhandene Schiffsraum den Bedarf weit übersteigt.

Die englische Regierung war von der Mitteilung, daß die Arbeiten an dem neuen Riesenschiff eingestellt waren, nicht sehr erfreut: Durch die Bauarbeiten würden viele Arbeiter in vielen Industrien beschäftigt werden, die sonst den Arbeitsämtern zur Last fallen. Die Cunard-Gesellschaft nützt diese Stimmung